

# ÖKOSTEUERNEWS 17 – FEBRUAR 2003

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

**FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.**

**GREEN BUDGET GERMANY**

**Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)**

**In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\***

**Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).**

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

---

### **Inhalt dieser Ausgabe**

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL.....	2
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND.....	3
3.	ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL .....	13
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	16
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE .....	16
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND .....	17
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL .....	21
8.	BUCHBESPRECHUNG: „SONNENSTRATEGIE – POLITIK OHNE ALTERNATIVE“ .....	25
9.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	26
10.	JOBS .....	27
11.	LINKS UND PUBLIKATIONEN .....	27
12.	VERANSTALTUNGEN.....	30
13.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	31

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

### *Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,*

manchmal geschehen doch kleine Wunder.

Vor einigen Wochen konnte der ökologisch interessierte Zeitgenosse erfahren, dass der geplante Ausbau der Donau in der ursprünglich vom bayerischen Staatsministerium favorisierten Staustufenvariante nicht durchgeführt werden soll. Bei so manchem Umweltverband dürften die Sektorken nach jahrelangen Auseinandersetzungen deutlich hörbar gewesen sein. Haben wir also unsere Lektion aus dem "Jahrhunderthochwasser" im letzten Jahr gelernt?

Bei der Kanalisierung von Fließgewässern vielleicht, aber wie sieht es auf der „Klima-Seite“ aus?

Am 18.2. hat die europäische Kommission zum wiederholten Male die Chance vergeben, sich jenseits nationaler Alleingänge für eine EU-weite Anhebung der Energiesteuern zu entscheiden. Der 7. März steht jetzt als letztes Datum zur Entscheidung an, bevor die ganzen Beitrittsstaaten an den EU-Ratssitzungen teilnehmen werden.

Im größeren Kontext stellt sich die Situation also differenziert dar. Nicht nur in der Außenpolitik gibt Europa zur Zeit ein uneinheitliches Bild ab. Auch beim Klima-Schutz droht der europäische Weg nach der Aufbruchsstimmung der letzten Klima-Konferenz im Sande zu verlaufen, wenn keine volkswirtschaftlich sinnvollen flankierenden Maßnahmen ergriffen werden.

Selbst in Deutschland steht die Zukunft fiskalpolitischer Lenkungsinstrumente für eine Steigerung der Ressourceneffizienz in den Sternen bzw. sie liegt in den Händen des Vermittlungsausschusses und des Jahres 2004, für das eine Überprüfung einer möglichen Fortführung der Ökologischen Steuerreform angekündigt ist.

Zudem fehlt im Moment angesichts desaströser Kapitalmarktentwicklungen trotz sonst günstiger Rahmenbedingungen die Investitionsbereitschaft in eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Grund genug also, die Positionierung des FÖS unter die Lupe zu nehmen: Der Vorstand des FÖS lädt Sie ganz herzlich ein zur

**Mitgliederversammlung 2003**  
**Samstag, 22.03.2003, 11:00 bis 16:00 Uhr**  
**Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung**  
**Haager Str. 7, 81671 München**

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
  - Feststellung Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
  - Wahl des Protokollführers und des Versammlungsleiters
2. Bericht des Vorstands: Rückblick auf 2002, Ausblick auf 2003
3. Finanzen
  - Haushaltsabschluss 2002 und Bericht der Rechnungsprüfer
  - Entlastung des Vorstandes
  - Haushaltsplan 2003 mit Genehmigung
4. Wahlen (Vorstand, Rechnungsprüfer)
5. 12:30 - 13:00 Imbisspause
6. 13:00 - 13:30 Vortrag Prof. Norbert Walter "Ökosteuer - Zwischenbilanz und strategische Weiterentwicklung"
7. 13:30 - 13:45 Diskussion und Fragen zum Vortrag
8. 13:45 – 15:00 Strategiediskussion zum Thema „Koalitionsvereinbarungen und wie weiter?“ mit Impulsreferat von Kai Schlegelmilch
9. 15:00 - 16:00 Ausklingen bei Kaffee und Kuchen

**Wir hoffen auf rege Teilnahme!**

Auch Interessenten und Gäste sind herzlich willkommen!

Besonders hervorheben möchte ich das Referat von **Prof. Norbert Walter** und die Strategie-Debatte, die Vorstandsmitglied **Kai Schlegelmilch** einleiten wird. Außerdem wird der ehemalige tschechische Umweltminister **Martin Bursik** einen kurzen Einblick in die Ökosteuerdebatte seines Landes geben.

Wir freuen uns auf Sie!

Ihr Andreas Sauter (Schatzmeister)

P.S.: Wenn Sie schon mal in München sind, noch ein Tipp: Zur Zeit gibt es im Deutsche Museum die Sonder-Ausstellung "Klima - das Experiment mit dem Planeten Erde", die in Kooperation mit der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft konzipiert wurde. Nutzen Sie doch die Gelegenheit, und statten Sie nach dem FÖS auch dieser Ausstellung einen Besuch ab. Hast Du einen link für die LeserInnen?

<http://www.deutsches-museum.de/ausstell/sonder/klima.htm>

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### ***Benzin so teuer wie noch nie – und die Ökosteuer ist nicht schuld!***

(Zusammenfassung aus Berliner Zeitung, <http://www.berlinonline.de/wirtschaft/nachrichten/branchen/energie/> und Stuttgarter Zeitung) Benzin ist in Deutschland so teuer wie noch nie. Die BP erhöhte die Preise für alle Kraftstoffsorten um drei Cent je Liter und läutete damit eine neue Preisrunde an den Tankstellen ein. Ein Liter Normalbenzin kostet im bundesweiten Durchschnitt nun 112,4 Cent je Liter, die meistgetankte Sorte Super 114,4 Cent und Dieselmotortreibstoff 92,9 Cent.

Damit wurden die alten Höchststände aus dem Mai 2001 und dem November 2000 um einige Zehntelcent übertroffen, teilte ein BP-Sprecher in Bochum mit.

Nach der Anhebung der Benzinpreise in Deutschland auf ein Allzeithoch durch den Ölkonzern BP/Aral haben die übrigen Multis nachgezogen: Die Konzerne Esso und Shell/DEA bestätigten am Dienstag Preissteigerungen um rund drei Cent pro Liter.

Offen war, ob das übliche Abbröckeln der Preise nach einer Erhöhungsrunde bereits eingesetzt hatte. Als Gründe für den hohen Benzinpreise verweisen die Konzerne auf das wegen des drohenden Irak-Kriegs verteuerte Öl. Nach Angaben des HWWA-Ölexperten Klaus Matthies werden die Benzinpreise in Europa allerdings auch von ungewöhnlichen Benzinlieferungen in die USA beflügelt: Weil dort Raffinerien nicht genug Benzin herstellten, würden Mengen in Europa zugekauft, was den Preis treibe.

### ***Ein wichtiger Unterstützer der ÖSR geht von Bord - Nachruf auf Professor Dr. Heribert Zitzelsberger***

(Eigener Artikel) Mit tiefer Betroffenheit und Trauer haben wir vom Tod von Herrn Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger am 6. Januar 2003 im Alter von 63 Jahren erfahren.

Mit ihm verlieren wir eine großartige Persönlichkeit, einen hervorragenden Experten und Steuerfachmann, der zuvor bei der BAYER AG Leiter der Steuerabteilung war und in den vergangenen vier Jahren beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Hier wirkte er an entscheidender Stelle an der Ökologischen Steuerreform mit. Für diese hat er sich ohne Scheuklappen bereits in seiner unternehmerischen Funktion eingesetzt. Der Förderverein Ökologische Steuerreform trauert mit seiner Familie und wird ihn und seinen Rat vermissen.

### ***Aggressionen gegen die Ökosteuer***

(Wolf von Fabeck, sfv-rundmail 20.02.2003) Wer Versprechungen nicht einhält, zieht Enttäuschung, Zorn und Aggressionen auf sich; sein guter Ruf ist schnell verdorben - und das ist richtig so! Ungerecht ist dies allerdings dann, wenn es den Falschen trifft. So mag es manchem Vater gehen, der sein jammerndes Baby mitleidig ans Herz drückt und nur noch mehr Geschrei erntet, weil der Kleine irrtümlich eine ergiebiger Brust erwartet hatte.

So wie es dem hungrigen Säugling mit der Vaterbrust ergeht, ergeht es manchem Umweltfreund mit der 'Ökosteuern'. Doch merken die Umweltfreunde meist nicht so schnell, dass sie Mama und Papa verwechselt haben. Manche Umweltfreunde glauben nämlich beharrlich, die 'Ökosteuern' solle die konventionellen Energien verteuern, um mit den Einnahmen 'irgendwie' die Erneuerbaren Energien zu fördern; doch das ist eine Fehleinschätzung, die zwangsläufig in Enttäuschung enden muss. Die Erneuerbaren Energien sollen gar kein Geld aus der 'Ökosteuern' erhalten. Diese Umschichtung soll von einem anderen Förderprogramm bewältigt werden - vom EEG, dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien.

Sie glauben das nicht? Nun, dann lesen Sie einmal §1 des EEG: "Ziel dieses Gesetzes ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen und den Beitrag Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen (...)"

Und unter §11, Absatz (4) EEG finden Sie sogar die genaue Anleitung, wie die Mehrkosten für die Erneuerbaren Energien auf alle Stromhändler umgelegt werden. Auf jeder Stromrechnung können Sie den Protest der Elektrizitätsversorger gegen die angeblich unsinnigen Strompreiserhöhungen durch das EEG nachlesen.

Also - die ökologische Steuerreform (ÖSR) ist nicht vorgesehen für die Förderung der Stromerzeugung aus Sonne-, Wind-, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie! Wenn es bei Sonne und Biomasse noch etwas hapert, so liegt dies nicht an der 'Ökosteuern', sondern an den zu geringen Einspeisevergütungen im EEG, deren Verbesserung wir schon lange fordern. Die Ökologische Steuerreform dafür zu prügeln ist total ungerecht!

Die 'Ökosteuern' hat immer wieder unter Missverständnissen wegen ihres unglücklichen Namens gelitten. Bei 'Einkommensteuer', 'Tabaksteuer', 'Hundesteuern' ist jedem klar, was besteuert werden soll. Doch wie soll die 'Ökologie' besteuert werden, fragt sich der Umweltfreund empört und kommt dann leicht auf die Idee, dass wahrscheinlich das Gegenteil von Ökologie besteuert werden soll; er denkt dann an eine Schadstoffsteuer, doch auch damit liegt er falsch.

Was die 'Ökosteuern' wirklich will, ist aufgrund ihres Namens nicht zu erraten. Wer käme schon darauf, dass hier ein großes Reformwerk vorliegt, welches gleichzeitig die Arbeitslosigkeit von den Wurzeln her beseitigen, zur langfristigen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen, die hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen stoppen, die Verschwendung von Rohstoffen und das Anwachsen der Müllberge bremsen soll. Eine erbitterte Gegnerschaft aus den Kreisen der Neoliberalen ist der 'Ökosteuern' deshalb gewiss, aber die mit Aggressionen vermischte Ablehnung aus dem Lager der Umweltfreunde ist unverdient und geht weitgehend auf das Konto mangelhafter Information und der verkorkten Namensgebung.

Umweltfreunde haben schon manches gute Projekt durch verunglücktes Marketing in Schwierigkeiten gebracht. Warum müssen sie aber auch immer wieder ihre Produkte mit möglichst abstoßenden oder unverständlichen Namen belasten? Wer möchte zum Beispiel in der kalten Jahreszeit ein so genanntes 'Passivhaus' beziehen, das - so muss er befürchten - passiv zusieht, wie er jämmerlich friert, oder wer möchte seinen VW-Diesel künftig mit 'PÖL' betanken (igittigitt! - Mit PÖL ist Pflanzenöl im Gegensatz zum Biodiesel gemeint), und so mancher denkt beim 'EEG' eher an die Diagnose einer Hirnkrankheit als an das erfolgreichste Gesetz zur Markteinführung der Erneuerbaren Energien.

Zurück also zu dem genialen Reformwerk mit dem unsinnigen Namen 'Ökosteuern'! Am unglücklichen Namen können wir nun nichts mehr ändern, doch können wir die abfällige Abkürzung 'Ökosteuern' wenigstens durch die seriösere Bezeichnung 'Ökologische Steuerreform (ÖSR)' ersetzen, oder von einer 'Steuerreform für Arbeit und Umwelt' sprechen.

Ich will Ihnen hier nun nicht alle Feinheiten der ÖSR ausbreiten, sondern mich auf die Grundidee beschränken, damit Sie selber erkennen können, ob Sinn und Verstand bei der Verwendung der 'Ökosteuern' herrscht.

Aus historischen Gründen wird in den meisten Industriestaaten die menschliche Erwerbsarbeit mit Abgaben und Steuern belastet. Lohnsteuer/Einkommensteuer, Sozialversicherung und Rentenversicherung belasten jeden Arbeitnehmer und es ist für ihn in der heutigen Zeit kein Trost mehr, dass sein Arbeitgeber einen Teil dieser Ausgaben für ihn bezahlen muss, denn das verdirbt dessen Bereitschaft, überhaupt noch Personal zu beschäftigen. Beim Arbeitgeber kommt Verdruss auf, wenn er sieht, dass er für seine Angestellten und Ar-

beiter mehr als doppelt so viel bezahlen muss, wie diese letztlich als Nettolohn ja nicht nur den Lohn, sondern direkt und indirekt auch die Steuern seiner Mitarbeiter und die gesamten Sozialabgaben.

Je mehr Personal ein Unternehmen beschäftigt, desto höher ist seine Steuer- und Abgabenlast. Kein Wunder, dass Unternehmer in Billiglohnländer ausweichen, oder dass sie Produktionszweige still legen, die viel Personal benötigen.

Unternehmensberater - inzwischen ein ganzer Berufsstand - verdienen gut Geld damit, alternative Produktionsverfahren vorzuschlagen, die mit weniger Personalkosten höhere Gewinne erzielen; die also Personal "freisetzen".

Betrachten wir einmal solche alternativen Produktionsverfahren: In der Regel zeichnen sie sich durch einen hohen Grad an Automatisierung aus. Die Produkte aus solchen Betrieben können wegen ihrer Gleichartigkeit kaum Rücksicht auf individuelle Wünsche der Käufer nehmen; es handelt sich um Massenware, die wegen ihres extrem niedrigen Preises jeder handwerklich hergestellten Ware im Konkurrenzkampf weit überlegen ist. Es lohnt sich nicht einmal mehr, sie reparieren zu lassen. Kein Wunder, dass die Müllberge wachsen und die Ressourcen zur Neige gehen.

Und nun die entscheidende Frage - warum ist die Massenware so billig?

Hören wir gut zu: Massenware ist deshalb so billig, weil die Grundstoffe, aus denen sie gefertigt wird, so billig sind. Und die Grundstoffe sind deshalb so extrem billig, weil sie kostenlos der Erdoberfläche entnommen werden können und mit Hilfe BILLIGER ENERGIE aufgearbeitet werden. Kupfer- und Eisenerze, Kalkstein, Bauxit, Erdöl usw. werden unter hohem Energieeinsatz zu Kupfer, Stahl, Zement, Aluminium, Rohkunststoff usw. aufgearbeitet. Paradebeispiel ist die Corus Aluminium GmbH; sie braucht nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 10.08.02 mehr Strom als eine ganze Großstadt mit 350.000 Einwohnern. Und der Strompreis ist für diesen Großabnehmer so skandalös niedrig, dass er streng geheim gehalten wird.

Kommen wir zu einem Zwischenergebnis: Die hohe steuerliche Belastung der menschlichen Arbeitskraft einerseits und der niedrige Preis für Energie andererseits sind Ursache für mehrere sich gegenseitig noch verstärkende Probleme, nämlich für die Arbeitslosigkeit, für das Elend der sozialen Sicherungssysteme, für die Ressourcenvergeudung, für die Müllberge.

Nach diesem Zwischenergebnis ist die Folgerung, die die Erfinder der Ökologischen Steuerreform gezogen haben, eigentlich nahe liegend:

Man befreie die menschliche Arbeitskraft in den unteren und mittleren Einkommensgruppen von der Steuer- und Abgabenlast und manbürde diese Last der Energie auf.

Für den Staat und für die Gesamtheit seiner Bürger sei diese Lösung kostenneutral, heißt es meistens, doch das kann leicht missverstanden werden, und außerdem glaubt es keiner so richtig. Deswegen etwas genauer: Die Höhe der Steuern, die dem Staat zufließen, bleibt insgesamt gleich, aber sie wird von anderen gezahlt. Die Kostenneutralität bezieht sich also nicht auf den einzelnen Steuerzahler, sondern auf die Steuereinnahmen des Staates. Im Einzelfall gibt es natürlich Gewinner und Verlierer; darüber sollten wir offen sprechen. Die VERLIERER wissen sehr wohl, was für sie auf dem Spiel steht; und entsprechend heftig ist ihre Gegenwehr. Bedauerlicherweise wissen aber die GEWINNER nichts davon, dass sie zu den Gewinnern zählen sollen, sondern beteiligen sich völlig verbiestert und gegen ihre eigenen Interessen am Widerstand gegen die ÖSR.

Deshalb: Wer werden denn nun die Gewinner sein?

Manche Entwicklungen kann man sich besser vorstellen, wenn man einen Blick auf das Ziel wirft. Stellen Sie sich deshalb wie in einer Vision das politische Fernziel der ÖSR vor: Die Lohn-, bzw. Einkommensteuer fallen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen weitgehend weg und alle Ausgaben für die Kranken- und Rentenversicherung werden vom Staat übernommen. Ein Aufseufzen der Erleichterung würde durch die Lande gehen, und ich wette, auch Sie wären erleichtert.

Zur Zeit sind wir allerdings noch lange nicht so weit. Es gibt nur eine Richtungsentscheidung aber noch keine so weit gehenden konkreten Festlegungen. Infolge der zögerlichen Einführung der ÖSR können zur Zeit durch die Einnahmen aus der ÖSR nur die Beiträge zur Rentenversicherung entlastet werden und die Entlas-

tungswirkung ist zur Zeit auch noch geringer als der steigende Finanzierungsbedarf infolge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung. Die ersten Ergebnisse der ÖSR haben deshalb den Anstieg der Rentenbeiträge nicht rückgängig gemacht, ihn nicht einmal verhindern können, sondern ihn nur verlangsamt. Trotzdem zeigt das Ergebnis, dass wir mit Trippelschritten auf dem richtigen Weg sind. Ein Anfang ist gemacht. Ein Jahrhundertwerk wie die ÖSR braucht halt seine Zeit und viel Ausdauer und Zielstrebigkeit bei der Umsetzung.

Aber nun zu den zukünftigen Gewinnern: Wer keine Lohn- bzw. Einkommensteuer, keine Krankenkassen- und keine Rentenbeiträge mehr zahlt, kann mit dem, was im nächsten Absatz geschildert wird, gut fertig werden.

Stellen Sie sich vor, Energie würde durch Besteuerung teurer; langsam aber gleichmäßig. Die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, das Heizen und das Autofahren würden teurer. Doch auf lange Sicht überwiegen die Vorteile: Der Wettbewerb wird nicht mehr nur durch den Preis, sondern wieder durch die Qualität der Waren entschieden. Die Haltbarkeit und die Garantiezeiten würden sich verlängern. Es würde sich wieder lohnen, Geräte mit kleinen Defekten zur Reparatur zu bringen, anstatt sie auf den Müll zu werfen. Es würden verbrauchssparende Autos und Maschinen nicht nur entwickelt, sondern auch angeboten und es würden sich mehr Menschen um eine gute Wärmedämmung ihrer Wohnung kümmern. Personalintensive Betriebe, der Mittelstand, insbesondere das Handwerk, hätten den größten Vorteil von dieser Regelung. Die Zahl der Arbeitslosen würde zurückgehen und eines der bedrückendsten innenpolitischen Probleme wäre gelöst.

Und - sagen wir es geradeheraus - wer sind die Verlierer? Wo ist die Kehrseite der Medaille? Die Verlierer wären solche Konzerne der Großindustrie, die sich nicht umstellen wollen, die weiterhin in billige, unintelligente Massenproduktion investieren wollen und es sich als Erfolg anrechnen, wenn sie ihre Betriebe "verschlanken" und Personal "freisetzen" können.

Nach diesem Überblick über Sinn und Zweck der ÖSR wird Ihnen hoffentlich einleuchten, dass die Verwendung der 'Ökosteuer'-Einnahmen zur steuerlichen Entlastung der Arbeit keine Zweckentfremdung von "eigentlich für die Ökologie bestimmten Mitteln" ist. Aggressionen gegen den vermuteten Missbrauch sind fehl am Platz. Die ÖSR in ihrer derzeitigen Ausgestaltung verfolgt - wenn auch nur sehr zaghaft - genau die Ziele, für die dieses Reformwerk geschaffen wurde: Verminderung der Arbeitslosigkeit, Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Vermeidung von Müll, Schonung der Ressourcen und damit der Umwelt.

### ***Die ökologische Steuerreform: Arbeit und Wohlstand für alle!***

(Wolf von Fabek und Jürgen Grahl, Solar-Förderverein <http://www.sfv.de/lokal/mails/wvf/oesrgrah.htm>) Das Thema Umwelt ist in den letzten Jahren aufgrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit völlig ins Hintertreffen geraten. Trotz existentieller Bedrohung der menschlichen Zivilisation durch die Klimakatastrophe: Umweltschutz gilt als Luxus für bessere Zeiten. Trauriger Höhe- oder eher Tiefpunkt: die von billiger Polemik geprägte Kampagne gegen die Ökosteuer.

Diese Haltung ist um so fataler, als Ökologie und Ökonomie nicht nur keine Gegensätze darstellen, sondern der ökologische Umbau unseres Energie-, Wirtschafts- und Steuersystems im Gegenteil einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung unserer Arbeitsmarktprobleme leisten kann.

### ***Arbeitsplatzeffekte der Energiewende***

Bereits heute bietet der Umweltschutz etwa einer Million Menschen in Deutschland Arbeit. Die Energiewende, die komplette Umstellung unseres fossil-atomaren Energiesystems auf regenerative Quellen, wird den Wandel von den heutigen kapitalintensiven, zentralistischen Energieversorgungsstrukturen mit wenigen Großkraftwerken hin zu einer arbeitsintensiven, dezentralen Stromerzeugung bedeuten: Während für die Bedienung eines Kernkraftwerks nur wenig Personal erforderlich ist, ist die Installation der vielen benötigten Solar- und Windkraftanlagen sehr arbeitsaufwändig, im Gegenzug fallen die Ausgaben für die Beschaffung der Primärenergien weitgehend weg. Die rasche Markteinführung der Erneuerbaren Energien wird daher massenhaft Arbeitsplätze bei den Installateuren der Solarmodule und Windräder schaffen - und schafft sie bereits heute: Die Windenergie gibt mittlerweile schon 45.000 Menschen in Deutschland Arbeit - mehr als die gesamte Atomindustrie. Der Windstromanteil in Deutschland beträgt jedoch erst knapp 4%, der Atom-

stromanteil hingegen über 30%! Und die Solartechnik ist noch arbeitsintensiver als die Windenergie. Die Ablösung von Kohle und Atom durch Sonne, Wind und Biomasse kann mindestens eine Million neuer Arbeitsplätze schaffen!

### ***Energiepreise und Arbeitslosigkeit***

Gegen diese Argumentation wird in der Regel eingewandt, der Anstieg der Strompreise, der mit einer Umstellung auf die Erneuerbaren einhergehen würde, sei für die Privatkunden, vor allem aber für die Industrie unzumutbar und koste Arbeitsplätze.

Das Gegenteil ist der Fall: Unsere Arbeitsmarktprobleme sind zu einem wesentlichen Teil gerade dadurch bedingt, dass die relativ teure menschliche Arbeit gegenüber der viel zu billigen Energie nicht im entferntesten konkurrenzfähig ist. Der Schlüssel zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit liegt darin, die heutige Unattraktivität des Produktionsfaktors Arbeit zu überwinden, indem man Arbeit verbilligt und Energie verteuert. Dies ist die Zielsetzung der ökologischen Steuerreform: Sie will Energie höher besteuern und die Steuern und Abgaben auf menschliche Arbeitskraft verringern, um einerseits den umweltbelastenden Verbrauch von Energie einzuschränken und andererseits die Personalkosten in der Wirtschaft zu senken.

Diskussionen zu diesem Thema finden zur Zeit noch auf einem erschreckend niedrigen Wissensniveau statt. So erschöpfte sich eine von der Zeitschrift "Die Woche" in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa in der einzigen Frage: "Sollte man angesichts der hohen Benzinpreise auf die Öko-Steuer verzichten?" Und die Antwort war denn auch - wer hätte anderes erwartet? - ein schlichtes "Ja" von 61 Prozent der Befragten.

### ***Zurück in die Steinzeit? Sollen wir künftig wieder alles von Hand machen?***

Einer der häufigsten Einwände gegen die ökologische Steuerreform lautet, sie strebe den Rückfall in die Zeit vor der industriellen Revolution an. "Wollen Sie zurück in die Steinzeit?", heißt es polemisch, "Sollen die Bauarbeiter den Zement wieder auf dem Buckel bis zum Dachboden schleppen?" oder "Wollen Sie in den Fabriken wieder handbetriebene Bohrmaschinen einführen?" Solche Ironie schlägt denjenigen entgegen, die dazu aufrufen, Energie höher zu besteuern, um Arbeitsplätze zu sichern.

Doch treffen solche Einwände nur scheinbar den Kern des Problems. Es geht bei der ökologischen Steuerreform eben nicht darum, den hohen Automatisierungsgrad der industriellen Wirtschaft rückgängig zu machen und körperlich anstrengende Arbeit zukünftig wieder durch Menschen anstatt durch Maschinen erledigen zu lassen. Doch worum geht es sonst?

Automaten, Bohrmaschinen, Kräne usw. brauchen vergleichsweise wenig Energie. Der hauptsächliche Energieverbrauch entsteht bereits in der Grundstoffindustrie. Der Arbeiter im Automobilwerk, auf der Werft oder in der Bauindustrie bemerkt den hauptsächlichen Energieverbrauch überhaupt nicht. Die verwendete Energie steckt sozusagen verborgen in jedem Bauteil, das durch seine Hände geht. Er bearbeitet energieintensiv hergestellte Grundstoffe oder Halbzeuge (Aluminium, Kupfer, Glas, Zement, Kunststoff). Das Hauptwirken der Energie geschieht im Verborgenen, bei der Herstellung dieser Vorprodukte. In einem Aluminiumbauteil von einem Kilogramm Gewicht z.B. stecken bereits 50 kWh, mit dieser Energie könnte man das gleiche Teil fast 5000mal von Meereshöhe bis auf Zugspitzniveau anheben! Die Corus Aluminium GmbH verbraucht nach einem Bericht der SZ vom 10.08.02 mehr Strom als eine Großstadt mit 350.000 Einwohnern. Die ökologische Steuerreform soll der unintelligenten Verschwendung der Vorprodukte einen Riegel vorschieben. Das Verschrotten und Vernichten von technischen Produkten wie Küchenmaschinen, Fahrrädern, Fernsehern wegen kleiner Defekte muss aufhören. Es muss sich wieder lohnen, erfahrene Facharbeiter mit der Instandsetzung von Produkten zu beauftragen, anstatt in einer Art sinnlosen Materialschlacht diese Produkte völlig neu aus allzubilligen Halbzeugen herzustellen.

Betrachten wir dazu eine Reihe von Beispielen aus den verschiedensten Lebensbereichen, durch die das zuvor eher abstrakte Thema plötzlich eine beklemmende Anschaulichkeit und Dringlichkeit bekommt:

- Haben Sie sich nicht auch schon geärgert, dass Sie für die Reparatur Ihrer Schuhe, Ihrer Küchenmaschine, Ihres Fahrrades fast genauso viel Geld ausgeben mussten wie für eine Neuanschaffung? Haben Sie gar vergeblich nach einem Reparaturbetrieb gesucht und mussten ein an sich hochwertiges Gerät

schließlich wegen eines kleinen Defektes wegwerfen?

- Haben Sie auch schon den ständigen Rückgang solider mittelständischer Handwerksbetriebe bedauert? Radio- und Fernsichttechniker ist mittlerweile ein aussterbender Beruf!
- Haben Sie sich auch schon gewundert, wie unerschwinglich ein handgefertigtes Kleid, ein handwerklich hergestellter Schreibtisch, eine handwerklich gefertigte Keramik sind?
- Warum wohl wartet man immer häufiger in überfüllten Schalterhallen vor wenigen besetzten und vielen leeren Schaltern oder Kassen?
- Was hat wohl die unfachgemäße Pflege der städtischen Hecken und Bäume mit unserem Problemkreis zu tun? Drei Jahre lang kein Pflegeschnitt, dann aber alles ratzekahl bis auf Kniehöhe heruntergeschnitten, sogar in der Vogelbrutzeit? Personalmangel.
- Ist der brutale Umgang mit dem Schlachtvieh immer nur mit Gefühllosigkeit und Rohheit zu erklären? Steckt nicht teilweise auch eine aus Personalknappheit und Zeitnot bedingte Überarbeitung dahinter? Die katastrophalen Arbeitsbedingungen der LKW-Fahrer sind längst zum Sicherheitsrisiko auf Deutschlands Straßen geworden.
- Wie entwürdigend und unmenschlich ist es (für beide Seiten), wenn Krankenschwestern nicht einmal mehr die Zeit zu einem ermunternden Gespräch mit den Patienten haben?
- Versagen vor der Zukunft: Trotz wohlklingender Versprechungen im Wahlkampf werden so wenig Lehrer eingestellt, dass unsere Kinder in überfüllten Klassen angesichts der Unruhe und der Aggressivität der Mitschüler kaum mehr zum Lernen kommen.

In all diesen Fällen wird als Ursache fehlendes Personal genannt. Doch angesichts gleichzeitiger Rekordarbeitslosigkeit kann dies ja wohl nicht die Ursache sein, allenfalls das Symptom! Die Ursache liegt darin, dass Unternehmer am ehesten einen Gewinn erwarten können, wenn sie sich für eine Umstrukturierung ihres Konzerns auf materialintensive (sprich energieintensive) Betriebsweise entscheiden, und dagegen dort den Rotstift ansetzen, wo ihnen die höchsten Kosten entstehen - beim Personal. Die Schließung der Reparaturwerkstätten der Deutschen Bahn AG vor zwei Jahren ist ein Beispiel von Hunderten.

Nun kommt meist der unvermeidliche Hinweis auf die Billig-Lohn-Länder, in denen die Arbeiter mit der sprichwörtlichen Tasse Reis am Tag zufrieden seien. Dieser Hinweis soll hier nicht moralisch bewertet werden. Rein Betriebswirtschaftlich gesehen ist er nicht völlig abwegig. Sicher besteht für große Unternehmen durchaus die Verlockung, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, doch ist diese Ursache zweitrangig im Vergleich zu dem wesentlich bedeutsameren Verdrängungswettbewerb zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie im Inland. In jenem Verdrängungswettbewerb liegt die Hauptursache des Problems.

### ***Die Bedeutung der Energie als Produktionsfaktor***

In den westlichen Industrienationen liegt der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten der Produktion bei durchschnittlich 60 bis 70%, der der Energiekosten dagegen bei unter 5% (Rest: Kapitalkosten). Genau umgekehrt verhält es sich jedoch, wenn man danach fragt, wie "wichtig" die einzelnen Produktionsfaktoren für den Produktionsprozess sind, welche "Anteile" an der Gesamtwertschöpfung ihnen zugeschrieben werden können. Ein Maß hierfür sind die sog. Produktionsmächtigkeiten oder Produktionselastizitäten; diese geben die Gewichte an, mit denen die Wachstumsraten der einzelnen Faktoren zum Wachstum der Wertschöpfung beitragen. Nach Studien von R. Kümmel, J. Henn und D. Lindenberger vom Institut für Theoretische Physik der Universität Würzburg lag die Produktionsmächtigkeit der Arbeit in Deutschland im Mittel der Jahre 1960 bis 1989 bei nur 9%, die der Energie hingegen bei 44%, der Rest entfällt auf den Faktor Kapital. Etwas vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies:

Eine Erhöhung des Energieeinsatzes um z.B. 10% (bei gleich bleibendem Einsatz von Arbeit und Kapital) bewirkt im Mittel eine Steigerung der Wertschöpfung um 44% von 10%, also um 4,4%, erhöht die Energiekosten aber lediglich um 5% von 10%, also um 0,5%. Demgegenüber lässt eine Ausweitung des Einsatzes an Arbeit um ebenfalls 10% (bei Konstanz des Faktoreinsatzes von Kapital und Energie) die Wertschöpfung nur um durchschnittlich 9% von 10%, d.h. um 0,9% wachsen, die Kosten jedoch um 60 bis 70% von 10%, also um 6 bis 7%. (Eine detaillierte Darstellung dieser Untersuchungen findet sich in R. Kümmel, "Energie und

Kreativität", Teubner, Leipzig 1998.) Die Energie hat eine hohe Produktionsmächtigkeit und kostet wenig; die Arbeit hat eine geringe Produktionsmächtigkeit und kostet viel.

Diese Betrachtungen machen die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verständlich: die Ersetzung von teurer - zudem hoch besteuert - menschlicher Arbeitskraft durch billige und gering besteuerte Energie, genauer gesagt durch Verschwendung von energieintensiv hergestellten Grundstoffen. Der Wirtschaft, sprich den Kapitalgebern, ist die ständige "Freisetzung" von Arbeitskräften betriebswirtschaftlich gesehen gleichgültig, doch für die Gesellschaft und die Politik ergibt sich daraus der unselige Zwang zu permanentem Wachstum, um nämlich die fortlaufend "freigesetzten" Arbeitskräfte an anderer Stelle wieder in den Produktionsprozess zu integrieren und so den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Früher funktionierte das auch recht gut, heute jedoch, da wir die hohen Wachstumsraten früherer Jahrzehnte aus verständlichen Gründen nicht mehr erreichen können, geht diese Rechnung zunehmend weniger auf.

Es ist der wohl entscheidende Fehler der modernen Wirtschaftstheorie, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Energie bisher fast völlig ignoriert zu haben. Die Energie wird meist noch nicht einmal als eigener Produktionsfaktor anerkannt, als solche gelten bis heute (in der Tradition von Adam Smith) nur Kapital, Arbeit und Boden. Hier dürfte einer der Hauptgründe dafür liegen, weshalb Wirtschaftstheorie wie Wirtschaftspolitik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bisher so grandios versagt haben. Insbesondere ist das neoliberale Konzept, durch eine so genannte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, d.h. die Entlastung der Unternehmen, Investitionen anzuregen, die dann zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen sollen, völlig ungeeignet: Zugegeben, es wird weiter investiert, aber die Investitionen fließen heute nur noch in kleinem Maße in den Faktor Arbeit, in wesentlich größerem Maße aber in den ungleich ergiebigeren Faktor Energie. Auch eine Entlastung der Unternehmen ändert nichts an der Unrentabilität der Arbeit gegenüber der Energie. Unternehmerische Entscheidungen werden nun einmal vorwiegend durch die Aussicht auf Maximierung des Gewinns beeinflusst; Arbeitsplätze entstehen nicht aus "karitativen" Motiven, sondern nur dann, wenn es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, was unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur selten der Fall ist.

Damit lässt sich auch das in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder Ratlosigkeit auslösende Paradoxon erklären, dass der Aufschwung insbesondere in den 1990er Jahren zunehmend am Arbeitsmarkt vorbeigegangen ist, dass mit den Unternehmensgewinnen und Börsenkursen auch die Arbeitslosigkeit geklettert ist. Es zeigt sich hier, wie sehr der Faktor Arbeit von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung bereits entkoppelt ist.

Dass die Anerkennung der Energie als Produktionsfaktor keine theoretische Spitzfindigkeit ist, zeigt das Scheitern des kommunistischen Modells: Dass es statt der von Marx vorausgesagten Verelendung zu einer Nivellierung der sozialen Gegensätze gekommen ist, lässt sich im Sinne dieser Theorie damit erklären, dass an die Stelle der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft die Ausbeutung der Energie und damit der natürlichen Rohstoffe getreten ist. Der Antagonismus von Kapital und Arbeit im Sinne von Marx ist durch den Antagonismus von Kapital und Arbeit einerseits und Energie andererseits ersetzt worden. In diesem Sinne ist der Marxismus also AUCH an der Vernachlässigung des Produktionsfaktors Energie gescheitert.

### ***Warum ist Arbeit so teuer, Energie so billig?***

Die Lohn- und Lohnnebenkosten stellen den Löwenanteil der Produktionskosten dar. Natürlich ist es völlig gerechtfertigt, dass menschliche Arbeiter wesentlich besser bezahlt werden als "Energiesklaven", um ihnen einen menschenwürdigen Lebensstandard zu ermöglichen; schließlich sind Menschen wertvoller als Maschinen. Überhaupt nicht gerechtfertigt ist es aber, wenn Unternehmen, die mehr Personal einsetzen, auch noch durch steuerliche Maßnahmen "bestraft" werden: Traditionell ruht die Steuer und Abgabenlast - also die Finanzierung der Staatsausgaben wie auch der sozialen Sicherungssysteme - fast ausschließlich auf dem Faktor Arbeit. Merkwürdigerweise wurde diese Tradition in unserer Gesellschaft nur selten in Frage gestellt. Sogar der Sprachgebrauch verdrängt die Tatsache: Wer ohne weiteren Zusatz vom "Gehalt" spricht, meint in aller Regel das Bruttogehalt, von dem dann ja noch die Lohnsteuer sowie der 50%ige Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung) abgehen. Und der Arbeitgeber zahlt zusätzlich noch die andere Hälfte der Sozialabgaben.

Natürlich kann der Staat nicht auf Steuergelder verzichten. Aber warum eigentlich muss er sich den Hauptanteil ausgerechnet vom schwächsten der drei Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit Energie), von der Arbeit holen?

Während die Verbesserung der sozialen Absicherung den Produktionsfaktor Arbeit immer teurer gemacht hat, ging es mit der Energie umgekehrt: Um 1880 kostete eine Kilowattstunde Kohlestrom noch umgerechnet 20 Euro. Heute gibt es die Kilowattstunde für 10 bis 15 Cent. Einer Kilowattstunde messen wir deshalb keinen besonders hohen Wert zu, doch kann uns das folgende Beispiel rasch vom Gegenteil überzeugen: Um einen Zentnersack (50 kg) von Meeresspiegelhöhe auf die Höhe der Zugspitze zu hieven, braucht man noch nicht einmal eine halbe Kilowattstunde. (Bitte kein Missverständnis: Der Zentner soll natürlich nicht zukünftig im Personentransport auf die Zugspitze geschleppt werden. Das Beispiel soll nur die Bedeutung des Begriffs Kilowattstunde veranschaulichen.)

Wie billig Energie tatsächlich ist, illustriert auch folgende Gegenüberstellung: Für Heizzwecke, Strom und Gas wurden 1993 von den privaten Haushalten in Deutschland umgerechnet 37 Milliarden EUR ausgegeben, für Kraftstoffe zum Antrieb von Fahrzeugen weitere 30 Milliarden. Dagegen verschlang das Speisen in Restaurants 41 Milliarden, und für Tabak hatten die Deutschen immerhin noch 16 Milliarden EUR übrig.

Dass Energie so billig ist, lässt sich teilweise historisch erklären: Die Bereitstellung konventioneller Energien wurde vom Staat in jeder Hinsicht gefördert. Damals spielte der Gedanke eine wichtige Rolle, dass nur durch billige Energie die Großindustrie aufblühen könne, und dass deren Produkte einen Staat wehrhaft machen und ihm internationale Anerkennung verschaffen. Abbaurechte für Stein- und Braunkohle wurden damals nahezu ohne Gegenleistung erteilt. Die Befreiung von voller Haftpflichtversicherungspflicht für Atomkraftwerke setzt bis in die Gegenwart diese Tradition fort. Bis heute werden auf Energie Steuern in weitaus geringerem Ausmaß als auf menschliche Arbeitskraft erhoben.

So wurde und wird durch staatliches Handeln das katastrophale Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren noch verstärkt.

### ***Unternehmer weichen den hohen Personalkosten aus***

Ob ein Unternehmen Elektrogeräte repariert oder neue Elektrogeräte in Serie herstellt, ist den Kapitalgebern gleichgültig, wichtig ist ihnen lediglich eine hohe Rendite. Unglücklicherweise wirft die Herstellung neuer Geräte heutzutage einen höheren Gewinn ab als die Reparatur defekter Geräte. Der Grund: Die Reparatur ist ein arbeitsplatzintensives Geschäftsfeld, und Arbeitskräfte sind teuer. Die automatisierte Serienproduktion neuer Geräte dagegen ist energieintensiv, und Energie ist billig. Ähnlich verhalten sich die öffentlichen Arbeitgeber: Ob Krankenschwestern, Lehrer, Gartenfacharbeiter eingestellt werden, hängt entscheidend von den Personalkosten ab. Und diese sind exorbitant hoch.

Durch die gigantische Schieflage zwischen Arbeit und Energie wächst die Versuchung für jeden Unternehmer und Unternehmensgründer, arbeitsplatzintensive Produktionen (Reparaturbetriebe, Handwerk, Dienstleistungen) zu unterlassen und statt dessen Gewinne durch energie- und kapitalintensive Produktionen (Herstellung von Massenprodukten) zu suchen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt dabei zu, die Zahl mittelständischer Unternehmen nimmt ab.

### ***Die Chancen der ökologischen Steuerreform***

Die ökologische Steuerreform kann hier gegensteuern: Mit den Mehreinnahmen aus Energiesteuern können die Sozialversicherungsbeiträge und/oder die Lohnsteuer gesenkt werden. Der oben erwähnte Unternehmer wird dann eher eine Reparaturwerkstatt für defekte Geräte eröffnen als eine Abteilung zur Produktion neuer Geräte. Damit wird einerseits die Arbeitslosigkeit verringert und andererseits die Umwelt entlastet: Nicht nur der Energieverbrauch wird gesenkt, es wird auch ein bedeutsamer Beitrag zur Überwindung unserer Wegwerfmentalität geleistet.

Für den Abbau der Arbeitslosigkeit entscheidend ist also, den Faktor Arbeit gegenüber dem Faktor Energie wieder attraktiv zu machen: Im Augenblick besteuern wir Arbeit (Kapital nur halbherzig) und subventionieren Energie, was sowohl zu der hohen Arbeitslosigkeit als auch zur ökologischen Krise geführt hat, denn von allem, was man mit Steuern belegt, gibt es meist am Ende weniger, und was man subventioniert, vermehrt sich. Bei den von der rot-grünen Bundesregierung initiierten ersten Schritten der ökologischen Steuerreform

hat man sich dafür entschieden, die Einnahmen zur Senkung des Rentenversicherungsbeitrages zu verwenden. Um auch diejenigen zu entlasten, die hiervon nicht profitieren (Rentner, Arbeitslose etc.), sollte zudem an alle Haushalte eine Art Ökobonus ausgeschüttet werden. Dass dies bei der rot-grünen Ökosteuer bisher nicht vorgesehen ist, ist ein ernstzunehmendes Manko dieses an sich so wichtigen Projektes und hat möglicherweise zu den bisherigen Akzeptanzproblemen beigetragen.

Wesentlich für den Erfolg und die Umsetzbarkeit des Konzeptes ist, dass die Reform erstens strikt aufkommensneutral ist, der Staat also sämtliche Einnahmen aus den Ökosteuern an die Bürger bzw. Unternehmen zurückgibt, und dass zweitens die Erhöhung der Energiepreise nur allmählich in kleinen Schritten nach einem festen, über mehrere Jahrzehnte kalkulierbaren Planungshorizont erfolgt, um schockartige Wirkungen zu vermeiden und der Wirtschaft und den Bürgern die notwendige Zeit zur Anpassung zu lassen. Eine spürbare Lenkungswirkung der Reform wird auf diese Weise zwar erst nach mehreren Jahren auftreten, aber dafür werden die Reibungsverluste gering gehalten; um so wichtiger ist es angesichts dieses langfristigen Zeithorizonts, dass jetzt mit der Reform begonnen wurde - wenn auch nur eher zaghaft.

### ***Unglückliche Bezeichnung der Reform***

Es ist ein großer psychologischer Fehler, dass die beabsichtigte finanzielle Entlastung der arbeitenden Bevölkerung mit dem abschreckenden und irreführenden Namen "Ökosteuer" belegt wird. Eine Strukturreform einseitig als "Steuer" zu bezeichnen und die gleichzeitige Entlastung zu verschweigen, endet zwangsläufig in Verwirrung. Die Meinungsumfrage von Forsa zur Ökosteuerreform wäre sicher nicht so deprimierend ausgefallen, wenn die Frage gelautet hätte: "Soll der Staat weniger Lohnsteuer und Sozialabgaben kassieren und stattdessen Strom, Öl, Gas und Benzin höher besteuern?" Und wenn man schon von "Steuer" sprechen will: Warum nicht "Arbeitsentlastungssteuer"?

### ***Steuerkampf statt Arbeitskampf! Die neue Aufgabe der Gewerkschaften***

Die Gewerkschaften und die betroffenen Arbeiter haben, obwohl der beschriebene ökologische Umbau des Steuersystems in ihrem ureigenen Interesse liegt, bisher nur wenig Notiz von diesen Zusammenhängen genommen. Wenn ein Unternehmer eine arbeitsplatzintensive Abteilung ersatzlos schließt, z.B. die Reparaturwerkstatt, und stattdessen eine andere Abteilung eröffnet, in der er mit Hilfe von energieintensiv hergestellten Halbzeugen höhere Gewinne erzielt, so mögen die Betroffenen zwar Widerstand leisten; letztlich muss ihr Protest aber mehr oder minder erfolglos bleiben, angesichts der vergleichsweise schwachen Stellung des Faktors Arbeit. Die Tatsache, dass hier der Produktionsfaktor Energie als "Billigarbeiter" dem teuren Produktionsfaktor Arbeit vorgezogen wird, wird jedoch oftmals von der Belegschaft nicht wahrgenommen. Und natürlich liegt es weder im Interesse der Kapitaleigner noch im Interesse der Energiewirtschaft, über diese Mechanismen aufzuklären.

Leider hat die historisch bedingte Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Kapital den Blick davon abgelenkt, dass es einen weiteren Produktionsfaktor, die Energie gibt. Dieser ist zwar nicht der neue "Klassenfeind", aber seine Einbeziehung in die Finanzierung der Staatsaufgaben und der Sozialversicherung ist dringend notwendig.

Die Gewerkschaften müssen sich daher fragen lassen, ob es noch zeitgemäß ist, weiterhin Arbeitskämpfe gegen die Arbeitgeber zu führen. Wäre es nicht sinnvoller, wenn sie, anstatt für Lohnerhöhungen zu kämpfen, stattdessen entsprechende Senkungen der Lohnsteuer und der Sozialabgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Energiesteuern einfordern würden?

### ***Weitere Einwände gegen die Ökosteuer***

Man hört oft mit abfälligem Unterton, die Einnahmen aus der Ökosteuer würden ja "nur" zum Stopfen der Löcher in den Rentenkassen verwandt, nicht oder nur zu einem kleinen Teil für ökologische Projekte. Dies verkennt jedoch, dass es gerade das Ziel dieser Reform ist, die Finanzierung der scheinbar unbezahlbar gewordenen Sozialversicherungssysteme wieder auf eine sichere Grundlage zu stellen, indem man hierzu jeden Produktionsfaktor gemäß seiner Leistungsfähigkeit heranzieht, die für die Energie nun einmal um ein Vielfaches höher ist als für den Faktor Arbeit. Für die ökologische Wirkung der Steuer ist es nicht erforderlich, dass die erzielten Einnahmen dem Umweltschutz zugute kommen; der ökologische Effekt liegt vielmehr be-

reits in der Lenkungswirkung steigender Energiepreise und Verteuerung der energieintensiv hergestellten Grundstoffe.

Hartnäckig hält sich auch die Behauptung, die Verquickung von ökologischer Zielsetzung und Finanzierung der Sozialversicherung sei ein grundlegender Strukturfehler, denn sobald die beabsichtigte Lenkungswirkung eintrete, würden die für die Rentenkasse benötigten Einnahmen versiegen, die Ökosteuer entziehe sich somit ihre eigene Besteuerungsgrundlage. Dies ist offensichtlich arithmetischer Unsinn, denn natürlich lässt sich der Energieverbrauch lediglich verringern, niemals aber auf Null absenken. Selbst bei einer Reduzierung um 30% - was bereits ein riesiger Erfolg wäre! - verblieben noch 70% des heutigen Verbrauchsniveaus als Basis der Besteuerung. Und auch auf lange Sicht dürften Einsparungen von mehr als höchstens 60 bis 70% unrealistisch sein, so dass auch dann noch 30 bis 40% für die Besteuerung zur Verfügung stehen werden. Dass die Steuersätze, bezogen auf die Energieeinheit, dann entsprechend höher liegen müssen, um die gleichen Gesamteinnahmen zu erzielen, ist völlig unproblematisch, da sich ja der Verbrauch im gleichen Maße reduziert hat: Wenn in 20 Jahren die Autos nur noch 3 Liter Benzin (bis dahin hoffentlich aus nachwachsenden Rohstoffen!) auf 100 km benötigen, dann darf der Liter auch 3 EUR kosten, ohne den Autofahrer mehr zu belasten als heute. Zudem bedeutet sinkender Energieverbrauch eine Entlastung des Staates von den externen Kosten der Energienutzung (z.B. Kosten durch Umweltschäden), die an die Bürger weitergegeben werden kann.

Weiterhin wird der ökologischen Steuerreform vorgeworfen, sie sei unsozial, treffe vor allem die "kleinen Leute", führe dazu, dass Autofahren zum Luxus werde etc. Das Gegenteil ist richtig: Die ökologische Steuerreform hilft, den sozialen Frieden zu bewahren, indem sie zur Sicherung der Renten und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Durch sinkende Personalkosten werden soziale Dienstleistungen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich wieder bezahlbar. Die höheren Strom-, Gas- und Benzinpreise werden durch sinkende Lohnnebenkosten (und somit steigende Nettolöhne) kompensiert. Wer dennoch - weil er überdurchschnittlich viel Energie verbraucht - unter dem Strich belastet wird, kann dies in vielen Fällen durch energiesparendes Verhalten ausgleichen. Insofern können die meisten Menschen zu einem beträchtlichen Teil selbst Einfluss darauf nehmen, wie hoch ihre Aufwendungen für Energie sind - anders als bei den Lohnnebenkosten, die ja durch individuelles Verhalten nicht beeinflusst werden können. Dabei muss Energiesparen keineswegs mit Einschränkungen und Verlust an Lebensqualität verbunden sein, es kann z.B. auch den Umstieg auf verbrauchsärmere Autos oder Haushaltsgeräte bedeuten.

Damit sind wir an einem wichtigen Punkt: Natürlich wäre es schlimm, wenn der Benzinpreis auf 3 EUR/Liter klettern würde und sonst alles so bliebe, wie es ist. Tatsächlich wird aber nichts so bleiben, wie es ist: Vielmehr geht es um ein umfassendes gesellschaftliches Gesamtkonzept; ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der Benzinpreise geht dabei einher mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Umstellung auf benzinsparende Autos. Leider ist aber durch unpräzise und bewusst einseitige Darstellung die Ökosteuer in Verruf geraten, bevor sie richtig verstanden wurde. Mit der polemischen Reduzierung auf die "5-DM-pro-Liter"-Formel ist es den Gegnern gelungen, die öffentliche Meinung gegen ein gut durchdachtes Konzept zu mobilisieren.

Wem das soziale Zusammenleben am Herzen liegt, der müsste dem Gedanken einer Senkung der Personalkosten ohne Sozialabbau sogar ohne den ökologischen Hintergrund zustimmen. Die durch Personalknappheit verursachte ständige Überlastung der Beschäftigten, die Erosion der bisher allein auf den Faktor Arbeit gestützten sozialen Sicherungssysteme sowie die Tatsache, dass Menschen mit leicht unterdurchschnittlicher Qualifikation im Arbeitsleben nicht mehr gesucht werden, dies alles birgt gefährlichen sozialen Zündstoff. Diesen gilt es zu entschärfen, und die Umschichtung der Steuerlast von der Arbeit auf die Energie ist ein hervorragendes Mittel dazu.

Ein regelrechtes Totschlagargument gegen die ökologische Steuerreform sind die angeblichen Standortnachteile, die für die deutsche Wirtschaft daraus resultierten. Dieses Argument ist allein schon deshalb nicht stichhaltig, weil die Energiekosten so niedrig sind - durchschnittlich höchstens 5% der Gesamtkosten -, dass eine Verteuerung im Vergleich mit den Arbeitskosten kaum ins Gewicht fällt, eine Erhöhung der Energiepreise um 50% hat im Mittel etwa denselben Kosteneffekt wie eine 4%ige Lohnerhöhung. Schlimmstenfalls kann man energieintensiven Branchen für eine gewisse Übergangsfrist (nicht dauerhaft!) eine spezielle

Kompensation oder Steuerfreistellung gewähren (wie sie bei der rot-grünen Ökosteuer tatsächlich praktiziert wird), wenngleich dies aus ökologischer Sicht eigentlich unerwünscht ist.

Vor allem aber stehen bei der ökologischen Steuerreform den Mehrkosten bei der Energie Entlastungen beim Faktor Arbeit gegenüber, so dass sich an der Summe der Faktorkosten nichts ändert: lediglich die Verteilung ist eine andere. Und der Zwang zum Energiesparen sowie die Verbreitung der regenerativen Energien können einen gewaltigen Innovationsschub und eine ungeahnte Stärkung des "Standorts Deutschland" nach sich ziehen: Der nationale Alleingang, bisher Schreckgespenst der Wirtschaftspolitiker aller Länder, könnte sich als großartige Chance erweisen: Das Land gewinnt, das zuerst anfängt. Der Vorwand, man könne sich eine ökologische Steuerreform aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten, ist daher nichts anderes als der Versuch, Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen.

Diese Zusammenhänge einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln - nicht nur zaghaft- verschämt darauf hinzuweisen, dass Umweltschutz AUCH Arbeitsplätze schaffen könne - wird eine der zentralen Aufgaben der Umweltbewegung in den nächsten Jahren sein

### 3. ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL

#### ***EEB: Rat der Europäischen Finanzminister verhält sich unverantwortlich***

(Pressemitteilung des EEB, 19.02.2003) Das europäische Umweltbüro (European Environmental Bureau (EEB) ) bedauert die Tatsache, dass auch am 18. Februar keine Einigung über den Energiebesteuerungsvorschlag der Kommission erlangt werden konnte. Dieses Mal war es Italien, das sich gegen den Kompromiss stellte, der vorsichtig von der vorhergehenden dänischen Präsidentschaft verfasst worden war. Mehr in englisch:

#### ***EEB : EcoFin is not behaving responsibly on energy taxation - Now its Italy that prevented an agreement!***

The European Environmental Bureau (EEB) deplores the fact that EU Finance Ministers again did not reach an agreement yesterday on the Commission's energy taxation proposal. This time it was Italy opposing the compromise, carefully drafted by the previous Danish Presidency, stating that it does not want to end its tax breaks on diesel for commercial use. Such tax breaks, however, are now unlawful, since their exceptional authorisation period has expired.

John Hontelez, Secretary General of the EEB, the largest federation of environmental organisations in Europe, said: "Several Finance Ministers, and now in particular the one from Italy, show that they do not respect the decision of their Prime Ministers who agreed in Barcelona, in the European Council, in March last year, that the energy taxation directive was to be agreed by the end of 2002. More-over, despite solemn declarations, they continue to show their indifference to the essential role taxation can play to let the market work for the environment. In this way they are preparing for a major embarrassment for the EU and its Member States in the near future. Without a major tax reform, leading to less taxation on labour and more on energy use, the Kyoto targets for the EU will not be reached!"

The next EcoFin meeting on March 7th is the last opportunity for the Fifteen to agree before the Accession countries participate in the discussions of the Council (from mid-April). Nevertheless, at every meeting, when unanimity seems within reach, a new opposition emerges. "The problems are exaggerated. This text could have already been adopted long ago" continues John Hontelez "Member States must show some minimum willingness for compromise. This clearly shows the limits of unanimity voting and calls for the Convention to emphasise on the necessity to extend qualified majority voting, notably in the taxation areas linked to the environment. Without such change, no progress will be possible in an EU with 25 members".

The energy taxation proposal has been negotiated since 1997. It is widely recognised, by Finance Ministers themselves<sup>1</sup>, that the Union needs minimum harmonisation for energy taxation. The urgency of environmental degradation, the EU's Kyoto commitments, the Community Sustainable Development Strategy, the Union's international profile on environmental issues and also a better functioning of the internal market, all require minimum harmonisation for energy taxation. "This text, much weakened after years of negotiations, would have little impact for most existing Member States" says John Hontelez "but we need an update of the minimum Community rates and the introduction of minimum rates on electricity, gas and coal before the enlargement". The EU must equip itself with a common framework on energy taxation before the enlargement. Without this directive, the energy price distortions in the enlarged internal market will be even more important. Also, agreeing on such a framework may be even more difficult with 10 new members. Furthermore, the tax increases currently negotiated would have substantially greater environmental impact, if not in the current Union, in the new EU countries.

The EEB sees an EU agreement on energy taxation as a first step towards "getting the prices right" (as requested by the Gothenburg European Council of June 2001), for helping to achieve the EU's Kyoto target of a 8% cut in CO2 emissions, and for Environmental Fiscal Reform (EFR). EU minimum energy taxes, including electricity, gas and coal, will enable internal market efficiency and further progress on EFR at EU and national levels. The fiscal neutrality of the new taxes can even help in boosting job creation, if the tax revenue is recycled towards cuts in labour taxes, as recommended in the 1997 original text.

The EEB sees this directive as a minimum step forward for the EU. But more dramatic changes are needed to ensure that in the future the market no longer promotes unsustainable production and consumption patterns. This is why the EEB has launched a campaign to change market incentives in order to make prices work for the environment. In its campaign for Environmental Fiscal Reform, the EEB demands an additional 10% tax shift from labour to environmental use by 2010. Such a shift is revenue neutral, and would help to protect both the environment and employment. The EEB also demands a removal or reform of all environmentally adverse subsidies, and a number of other measures.

### ***Wer mit dem Auto in die Londoner Innenstadt fahren will, muss Maut bezahlen***

(Ulrich Danielowski, Weltspiegel, 17.02.2003) Seit dem 17.02.2003 wird wochentags von 7 bis 18.30 Uhr eine Gebühr von umgerechnet acht Euro (fünf Pfund) pro Auto-Einfahrt in die Londoner Innenstadt erhoben, wobei Anwohner allerdings bis zu 90 Prozent Ermäßigung erhalten können. Gänzlich ausgenommen von den Gebühren sind Behinderte, Taxis, Zweiräder, Notdienste, Polizei und Feuerwehr. Erfreulicherweise ebenfalls ausgenommen von der Gebühr sind umweltfreundliche Elektro/Hybrid-Fahrzeuge. Die geforderte Gebühr kann 90 Tage im voraus oder bis 22 Uhr des Tages auf jede erdenkliche Weise entrichtet werden – an Tankstellen, Parkplätzen, via Internet, per SMS oder auch per Telefon. Bis 24 Uhr des laufenden Tages werden nur 10 Pfund, danach 80 Pfund Strafgebühren erhoben. Wer drei offen stehende Rechnungen hat, muss damit rechnen, dass sein Auto von einem der Mobilkommandos einkassiert wird. Dann kann der Spaß schnell 500 Pfund kosten.

Das kontrollierte Gebiet erstreckt sich von Osten von der Tower Bridge über den Süden zur Vauxhall Bridge, im Westen dem Hyde Park bis zum Norden dem King's Cross Bahnhof. In diesem Ring liegen das Regierungsviertel, das Finanzzentrum sowie die meisten touristischen Sehenswürdigkeiten. Diese acht Quadratmeilen große Fläche hat 165 Zugangsstraßen, die sämtlichst neu mit mehreren Kameras ausgestattet sind. Alle Fahrzeug-Kennzeichen werden automatisch gelesen, in einen Zentralrechner eingespeist, der wiederum täglich nach Mitternacht einen automatischen Abgleich mit den eingegangenen Zahlungen durchführt. Das Ziel ist, nach Abzug der Kosten jährlich etwa 100-130 Mio £ zu erwirtschaften, die ohne Wenn und Aber in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs fließen sollen.

---

<sup>1</sup> In December 2000, the Ecofin Council issued a report at the Nice summit in which it stated: "The restructuring of national tax systems can contribute to a better integration of environmental objectives in economic policy whilst respecting the need for economic efficiency. The Ecofin Council intends to strengthen its efforts to agree on an appropriate framework for energy taxation at the European level on the basis of the Commission's proposal on energy taxation".

<http://www.london.com>

### ***Agrarsubventionen schaden der Umwelt***

(Nachhaltigkeitsrat, 08.01.2003) Die meisten Agrarsubventionen der EU wirken sich negativ auf die Umwelt aus, denn der größte Teil der Zahlungen ist nicht an Umweltauflagen gekoppelt. Selbst die Mittel aus den Agrarumweltprogrammen kommen der Umwelt nur zu einem geringen Maß zu Gute. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie der Umweltstiftung Euronatur im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA). Eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik, besonders der Finanzmittelströme, so das UBA, sei im Rahmen einer ökologischen Finanzreform unerlässlich, um weiteren Schaden von Umwelt und Natur abzuwenden. Laut Studie werden nahezu 90 Prozent der Agrarhaushaltsmittel dafür verwendet, um bestimmte Produktgruppen zu subventionieren, die sonst wegen der höheren europäischen Erzeugerpreise auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren könnten. Nur rund 10 Prozent der Agrarhaushaltsmittel stehen für Maßnahmen zur "Entwicklung des ländlichen Raums" zur Verfügung.

Der überwiegende Teil aller Agrarausgaben hat negative Umweltauswirkungen, beispielsweise werden Böden und Gewässer mit Stickstoffverbindungen und Pflanzenschutzmitteln belastet, die biologische Vielfalt wird dezimiert, Landwirtschaft emittiert Treibhausgase und führt zu Bodenerosion und Gefügeschäden. Über 60 Prozent des insgesamt 44 Milliarden Euro umfassenden Agrarhaushaltes fließen laut Studie derzeit in den Bereich Ackerkulturen. Diese Subventionen sind nicht an ökologische Auflagen gekoppelt und auch ist ihre Verteilung nicht sozial gerecht. Am meisten profitieren in Deutschland die großen Getreidebaubetriebe. Nur 0,6 Prozent der Bauern erhalten nahezu 25 % der Zahlungen. 80 Prozent der deutschen Landwirte erhalten pro Jahr weniger als 10.000 Euro. Die Rahmenbedingungen für die Landwirte, so die Autoren, müssen so gestaltet werden, dass umweltverträgliches Wirtschaften lohnt und umweltbelastende Produktion unwirtschaftlich wird.

[http://www.euronatur.org/PDF\\_Dateien/EU-Agrarhaushalt%20-%20Studie.pdf](http://www.euronatur.org/PDF_Dateien/EU-Agrarhaushalt%20-%20Studie.pdf)

### ***Schwedens Nullsummenspiel geht nicht auf!***

(Environment Daily, 30/01/03) Wie die Zeitung Aftonbladet am 30.01.03 berichtet, stellte sich heraus, dass das schwedische Zehn-Jahres-Programm der Energiesteuerreform teurer ist als zunächst angenommen, da es eine unverhältnismäßig hohe Steuerlast den Niedrigeinkommens-Haushalten und den spärlicher bevölkerten Teilen des Landes auferlegt. Mehr auf englisch.

#### ***Sweden's zero-sum game "doesn't add up"***

Sweden's ten-year programme of green tax reforms is turning out to be more expensive than anticipated, imposing a disproportionate tax burden on low-income households and the more sparsely populated parts of the country, Aftonbladet newspaper reports today.

Citing a government report, Aftonbladet says the system is far from the "zero-sum game" envisaged by legislators, whereby taxes levied on environmentally damaging activities - about SKr3bn (€326m) per year until 2010 - would be offset by lower taxes on earned income. The carbon dioxide tax is one example of an unintended disparity, the paper says. The tax affects the prices of petrol and heating oil, which account for a higher percentage of costs in poorer households and rural communities. The corresponding tax breaks fail to cover this differential.

### ***Japans Minister stimmen einer neuen Kohlesteuer zu***

(The Japan Times, 15.11.02) Am 13.11.02 stimmten das japanische Industrie- und Umweltministerium einer Veränderung der speziellen Berechnung von Energie als Steuerbemessungsgrundlage zu. Damit wurden dem Industrieministerium die Weichen für die Einführung einer Kohlesteuer gestellt. Die öffentlichen Einnahmen, die durch die neue Steuer entstehen, sollen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung, verwendet werden. Mehr auf englisch:

#### ***Ministries agree on new coal tax - Funds to fight global Warming***

The industries and environment ministries on Thursday the 13.11.02 agreed to change the government's special account for energy, paving the way for the industry ministry to proceed with its plan to introduce a new

tax on coal. The Ministry of Economy, Trade and Industry (METI) and the Environment Ministry also agreed that revenues generated from the new tax will be used to promote projects to combat global warming, according to officials of the two ministries. METI hopes to levy Y700 (~ 5,50 EUR) on every 1 ton of a type of coal that emits large amount of carbon dioxide, the officials said.

The ministries are expected to explain their agreement to Prime Minister Junichior Koizumi at Friday's meeting of the Council on Economic and Fiscal Policy, a key government panel chaired by Koizumi, the officials said. The ministries will then consult with the Finance Ministry; they hope to put the tax into effect by October 2003.

Revenues from the tax will be shared equally among the two ministries. METI expects to use its share to build up infrastructure and shift energy sources to environmentally friendly natural gas, while the Environment Ministry wants to use the funds to promote energy- saving programs.

The revenues are estimated at Y14 Billion (~ 110 Mio. EUR) in fiscal 2003, rising to Y80 billion (~ 630 Mio. EUR) by fiscal 2008.

#### 4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

##### *Weltweite Experten-Datenbank auf den Homepages des FÖS*

Unter <http://www.eco-tax.info/> und <http://www.foes-ev.de/> können Sie sich über Experten aus aller Welt informieren, die bereit sind, sich für Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Verfügung zu stellen. Sie haben die Möglichkeit, sich über Länderkarten oder – falls der Name bekannt ist, direkt über eine alphabetische Liste – den passenden Experten zu suchen. Wenn Sie sich selber auch gern eintragen lassen möchten, oder jemanden kennen, den wir ansprechen sollen, senden Sie bitte eine E-Mail an <mailto:foes@foes-ev.de>.

#### 5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

##### *BUND-Focus: Ökologisch schädliche Subventionen*

Ökosteuern sind die eine Seite der ökologischen Finanzreform. Die andere Seite ist der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Damit hier endlich deutliche Fortschritte erzielt werden, nimmt der BUND diese schädlichen Subventionen dieses Jahr in seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit besonders ins Visier. Folgende Schwerpunkte werden dabei gesetzt:

- Steuerbefreiungen des Flugverkehrs
- Entfernungspauschale
- Kohlesubventionen

Aktuell enthält auch das vom Bundestag am 21.02.2003 verabschiedete Steuervergünstigungsabbaugesetz drei Ansatzpunkte zum Abbau ökologisch schädlicher Subventionen:

- Einführung der Mehrwertsteuer für den grenzüberschreitenden Flugverkehr
- Reduzierung der Eigenheimzulage für Neubauten auf das Niveau der Altbauten
- Erhöhung der Dienstwagenpauschale

Da das Steuervergünstigungsabbaugesetz zustimmungspflichtig ist, muss nun mit der Opposition verhandelt werden. Die BUND-Vorsitzende Dr. Angelika Zahrtt appelliert in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau an CDU/CSU, sich konstruktiv am Subventionsabbau zu beteiligen.

<http://www.foes-ev.de/downloads/bund-dienstwagen.pdf>

<http://www.foes-ev.de/downloads/zahrtt-subventionsabbau.doc>

### ***BUND-Stellungnahme zum europäischen Emissionshandel veröffentlicht***

Nachdem die EU-Umweltminister am 09.12.2002 einen gemeinsamen Standpunkt zur Einführung des europäischen Emissionshandels verabschiedet haben, muss Deutschland in diesem Jahr die Kriterien für die Erstellung des nationalen Allokationsplanes erarbeiten. Der BUND hat in einer ausführlichen aktualisierten Stellungnahme seine Forderungen für die Ausgestaltung des Emissionshandels formuliert. Besonders wichtig:

- Anspruchsvolle CO<sub>2</sub>-Minderungsziele, mindestens ohne Abstriche von der Klimaschutzvereinbarung zwischen Bundesregierung und Industrie
- Verbindliche Teilnahme möglichst aller von der Richtlinie betroffenen Anlagen; keine Inanspruchnahme des opt-out
- Honorierung der CO<sub>2</sub>-Minderung durch die Kraft-Wärme-Kopplung bei der Zuteilung der Zertifikate
- Kein Kohle- oder Atomausstiegs-Bonus bei der Zuteilung der Zertifikate
- Erfüllung der deutschen Klimasziele durch Klimaschutz im Inland
- Weiterer Ausbau der ökologischen Steuerreform, des Erneuerbare Energien Gesetzes und weiterer Instrumente für Energieeinsparung

Der vollständige Text der Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter: [www.bund.net/ak-wirtschaft/downloads/bund-emissionshandel-neu.pdf](http://www.bund.net/ak-wirtschaft/downloads/bund-emissionshandel-neu.pdf)

## **6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND**

### ***Bund gibt mehr Geld für Solarwärme***

(NABU [http://www.nabu.de/m07/m07\\_05/00977.html](http://www.nabu.de/m07/m07_05/00977.html)) Zum 1. Februar hat der Bund die Förderung von Solarwärmanlagen von bisher 92 auf nun 125 Euro je Quadratmeter Kollektorfläche erhöht. Für eine durchschnittliche Anlage von neun Quadratmetern gibt es damit 1125 Euro Zuschuss. Um an die Fördermittel zu gelangen, müssen sich Antragsteller an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wenden, das die Gelder im Auftrag des Bundesumweltministeriums auszahlt. Bauwillige Hausbesitzer sollten sich allerdings beeilen, denn 2004 wird der Zuschuss auf 110 Euro je begonnenem Quadratmeter Kollektorfläche sinken.

Solarkollektoren, die auf Hausdächern errichtet werden, erzeugen durch Sonnenstrahlung Warmwasser und Heizungswärme. Nach Angaben der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft verfügen zur Zeit rund vier Prozent der Eigenheimbesitzer in mehr als einer halben Million Haushalte über eine eigene Solaranlage. Ziel der Bundesregierung ist es, die Kollektorfläche bis zum Jahr 2006 auf zehn Millionen Quadratmeter zu verdoppeln.

Bei der solaren Stromerzeugung – der so genannten Photovoltaik – erfolgt die Förderung im wesentlichen über hohe Abnahmepreise für die Einspeisung der erzeugten Elektrizität in das Stromnetz. Bei der solaren Wärmeerzeugung sollen Direktzuschüsse aus dem aufgelegten "Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien" die Entscheidung für eine Solaranlage erleichtern.

Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurden seit 1999 mehr als 300.000 Zuschussanträge gestellt, vor allem für Solarkollektoren und Biomasseanlagen. Aufgrund der allgemeinen Konjunkturlaute und weil der Quadratmeter-Zuschuss im vergangenen Jahr auf 92 Euro abgesenkt worden war, ging die Solaranlagen-Nachfrage um 40 Prozent zurück.

<http://www.bmu.de/presse/2003/pm011.php>

### ***Eckpunkte zur Novellierung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG)***

(Solar-Förderverein <http://www.sfv.de/lokal/mails/wvf/bmueckpu.htm>) Das EEG : Seine Erfolgsbilanz in Stichworten, die von ihm erzeugten Kosten, seine kritikwürdigen Punkte und der bestehende Änderungsbedarf. Welche Änderungsmaßnahmen möchte das Umweltministerium ergreifen und welche

Welche Änderungsmaßnahmen möchte das Umweltministerium ergreifen und welche Voraussetzungen muss ein solches Gesetz im allgemeinen erfüllen?

Schaffen Sie sich durch die oben angesprochenen Punkte und die Beantwortung der erwähnten Fragen hier einen Überblick über das Gesetz:

- Das EEG ist überaus erfolgreich. Seit 1998 hat es den Anteil von regenerativ erzeugtem und ins Netz eingespeistem Strom vervierfachen und dessen Anteil auf rund 8% des Stromverbrauchs steigern können.
- Deutschland ist inzwischen Wind-Weltmeister. Seit 1998 hat sich die installierte Leistung verfünffacht. Allein 2002 kamen ca. 3.250 MW Windleistung hinzu. Rund ein Drittel des global erzeugten Windstroms kommt aus Deutschland.
- Das 100.000 Dächer-Solarstromprogramm wird mit Erreichung des Zieles, 300 MW Solarleistung neu zu installieren, voraussichtlich Ende des Jahres auslaufen.
- Allein 2002 kamen 80 MW hinzu, so dass Deutschland an installierter Leistung inzwischen weltweit die Nummer 2 - nur noch von Japan übertroffen - ist.
- Bei der Biomassennutzung haben EEG und Biomasse-Verordnung ebenfalls einen Boom ausgelöst. Heute sind ca. 475 MW zur Stromerzeugung installiert. Dazu kommt ein erhebliches Potential für die Wärmenutzung.
- Das EEG hat sich zu einem wichtigen Instrument zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt. Im Jahre 2002 waren ca. 130.000 Arbeitsplätze im Zusammenhang mit den Erneuerbaren Energien vorhanden. Die Windbranche zählt inzwischen zu den größten Abnehmern von Stahl in Deutschland. Allein im Jahre 2002 konnten durch regenerativ Erzeugten Strom 50 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden - Tendenz steigend.
- Und schließlich: Das EEG hat sich selbst zum Exportschlager entwickelt: Spanien, Frankreich, Österreich und Tschechien - um nur einige Länder zu nennen - haben inzwischen dem EEG vergleichbare Gesetze geschaffen, andere wollen folgen. EEG-Vergütungen 2000 bis 2004
- Das EEG differenziert die Vergütungshöhe bei den Mindestvergütungen nach Sparten der erneuerbaren Energien, nach Größe der Anlagen und bei Windenergie nach dem Windstandort.
- Planungs- und Investitionssicherheit für Herstellerfirmen, Investoren von Anlagen und Kreditanstalten wird durch feste Beträge pro eingespeister kWh sowie eine maximale Laufzeit von 20 Jahren gewährleistet. Damit wird ein Anreiz für langfristige Investition in diese Anlagen geschaffen.
- Seit 2002 sind degressive Vergütungssätze für neu zu errichtende Anlagen in Kraft. Für die Windenergie bedeutet dies, dass ab dem 1. Januar 2002 die Vergütung jährlich jeweils für neu in Betrieb genommene Anlagen um 1,5% gesenkt wird. Für Fotovoltaik beträgt die Degression 5 % pro Jahr.

Der Vergütungssatz für Strom aus Windkraft beträgt ab 1.1.2002 9,00 Cent pro Kilowattstunde (kWh) und sinkt nach frühestens fünf Jahren auf 6,10 Cent pro kWh. Für im Jahr 2003 in Betrieb gehende Windkraftanlagen betragen die Vergütungssätze zunächst 8,8 Cent pro kWh und später 6,0 Cent pro kWh. Der Zeitpunkt der Absenkung bemisst sich nach der Qualität des Windstandortes. Für Windkraftanlagen im Offshore-Bereich beträgt die Zeitspanne für die höhere Vergütungsstufe 9 Jahre. Regelmäßige Überprüfungen der Vergütungssätze für dann neu zu installierende Anlagen sind alle zwei Jahre vorgesehen.

#### **Was kostet das EEG?**

- Die auf das EEG zurückzuführenden Kosten betragen rechnerisch nur 0,18 Cent je Kilowattstunde (siehe auch den noch in der letzten Wahlperiode von BMWi in Abstimmung mit BMU und BMVEL erstellten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum EEG, BT-Drs. 14/9807 vom 16.07.2002) Dies vergisst jedoch, dass in der Realität völlig unterschiedliche Strompreise gezahlt werden - private Haushalte und kleine Betriebe zahlen mehr pro kWh, die Industrie weniger und die Aluhütten und Stahlerzeuger noch weniger.
- Die Strompreise für die Industrie haben sich seit 1990 halbiert. Kostete die Kilowattstunde Industriestrom im Jahr 1990 im Durchschnitt noch 15 Pfennige, kostete sie im Jahr 1998 nur noch 13,3 Pfenni-

ge (6,8 Cent) und im Jahr 2000 nur noch 8 Pfennige (4,1 Cent). Viele Unternehmen der Aluminiumindustrie dürften tatsächlich noch niedrigere Preise zahlen.

- Trotz EEG, KWK und Ökosteuern ist der Preis für Industriestrom sogar um 35% gesunken! Das hat für die Wirtschaft insgesamt eine Ersparnis von mehr als 5 Mrd. EUR bei den Stromkosten gebracht.
- Deutschland liegt mit seinen Industriestrompreisen im europäischen Mittelfeld - von einem Wettbewerbsnachteil kann also keine Rede sein! [Eurostat/ VIK, Stand 1.1.2002: Düsseldorf 5,87 ct/kWh; Paris 5,62 ct/kWh; Oslo 3,74 ct/kWh; Mailand 9,53 ct/kWh]
- Die Stromkonzerne legen zur Zeit zwar die Umlage für den KWK (Größenordnung: 0,25 ct pro kWh, richtet sich nach dem Bedarf) ausschließlich auf die privaten Verbraucher um, die Betreiber von KWK-Anlagen erhalten jedoch vielfach weniger Einspeisevergütung als vor der Bonusregelung. Hieraus ergibt sich ein akuter Handlungsbedarf für eine Änderung beim KWK-Gesetz.

### ***Wo besteht Änderungsbedarf beim EEG?***

Der im Sommer letzten Jahres von der Bundesregierung vorgelegte Erfahrungsbericht zu den ersten Jahren des EEG macht deutlich, dass sich die Systematik des Gesetzes - garantierte bedarfsorientierte, aber degressive Einspeisevergütung ohne den Einsatz von Haushaltsmitteln - bewährt hat. Auch die Umlage auf alle Netzbetreiber hat sich als Instrument bewährt. Im Jahre 2002 entstanden für einen deutschen Durchschnittshaushalt Kosten von nur ca. 8 Euro - bei rechnerisch 65 Euro Einsparung an volkswirtschaftlichen Kosten durch Vermeidung von Umwelt- und Gesundheitsschäden durch konventionelle Kraftwerke.

Der Erfahrungsbericht hat aber auch ergeben, dass - im Rahmen der Systematik des EEG - einige Veränderungen notwendig sind, um das Gesetz noch besser am Ziel der Bundesregierung zu orientieren, den regenerativ erzeugten Strom bis 2010 auf 12,5% gegenüber 2000 zu verdoppeln.

### ***Der Bundesumweltminister wird dem Gesetzgeber folgende Veränderungen vorschlagen:***

- **Windenergie an Land:** Förderung von Neubau und Effizienzsteigerung ("Repowering") bestehender Windparks sollen durch Differenzierung von Vergütungssätzen und Degressionsschritten noch gezielter erfolgen. Ziel ist weiterhin: Der wirtschaftliche Betrieb von Windparks an mindestens durchschnittlichen Standorten soll weiterhin möglich sein. Impulse für den Bau von Windparks an weniger günstigen Standorten können dagegen reduziert werden. Während die Vergütungssätze an durchschnittlichen Standorten auf heutiger Höhe erhalten werden müssen, ist zu prüfen, ob sie an sehr guten Standorten leicht zurückgefahren werden können.
- **Windenergie Offshore:** Zur Erreichung der Ausbauziele der Bundesregierung (bis 2006 mindestens 500 MW und bis 2010 2000-3000 MW) müssen die Vergütungssätze des EEG und die Degression angepasst werden. Zunächst ist es angesichts des Planungsstandes der Offshore-Windparks notwendig, das Datum für die Inbetriebnahme von Anlagen mit erhöhter Anfangsvergütung bis 2010 zu verlängern. Dies ist für die Zukunft der Offshore-Technik in Deutschland von zentraler Bedeutung. Ob darüber hinaus die Degression in der Anfangsphase ausgesetzt oder gestreckt werden soll, wird gerade geprüft.
- **Fotovoltaik:** Angesichts des in diesem Jahr auslaufenden 100.000 Dächer Programms wird der Ausbau künftig vorwiegend auf das EEG gestützt werden müssen. Dazu wird die Einspeisevergütung im EEG angehoben werden müssen. Außerdem wird geprüft, ob es zur Erschließung hinreichend großer wirtschaftlich nutzbarer Flächen sinnvoll ist, anders als bisher auch Anlagen auf Freiflächen mit über 100 KW in das EEG einzubeziehen. Eine Differenzierung der Sätze sowohl nach Art der Aufstellung als auch nach Anlagengröße bietet sich an.
- **Biomasse:** Erfahrungsbericht, aktuelle Studien und Gespräche mit potentiellen Investoren machen deutlich, dass die Vergütungssätze für große Anlagen wohl auskömmlich sind. Allerdings scheint es notwendig, für kleinere Anlagen weitere Differenzierungsschritte und im unteren Bereich eine Anhebung der Vergütung vorzunehmen. Auch könnte es vernünftig sein, eine höhere Einspeisevergütung bei nachgewiesener ausschließlicher Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu gewähren.
- **Geothermie:** Das EEG hat erstmals eine Vergütung von Strom aus Geothermie (Tiefen-Erdwärme)

aufgenommen. Damit ist die Installation geothermischer Kraftwerke in greifbare Nähe gerückt. Die derzeitigen Vergütungssätze stellen aber offenkundig keinen ausreichenden Anreiz dar. Erfahrungen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm zeigen, dass die erste Stufe der Differenzierung im EEG (20 Megawatt) zu hoch angesetzt war. Es sollten daher weitere Stufen (etwa bei 7 und 14 Megawatt) mit höheren Vergütungssätzen eingeführt werden, um ausreichende Impulse für die Errichtung der ersten Anlagen in Deutschland zu geben.

- **Wasserkraft:** Im Bereich der Wasserkraft wird geprüft, ob es zur Erschließung des zwischen 5 und 150 Megawatt liegenden bisher nicht erschlossenen Modernisierungspotenzial sinnvoll ist, diese Anlagen ins EEG aufzunehmen.

### ***Das Gesetz muss einfach und eindeutig bleiben***

Die Neufassung des Gesetzes muss Klarheit im Bereich der Regel-Energie und der Netzkosten schaffen. Die Transparenz für Verbraucher und Verbraucherinnen muss verbessert werden. Das gleiche gilt für die Wirkungsweise der Clearingstelle.

Und eines muss auch klar bleiben: Das EEG ist keine Gießkanne, die wahllos Geldströme umlenkt und Netzbetreibern wie großen Stromlieferanten zum Vorwand für Preiserhöhungen dienen kann. Derzeit kostet der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch das EEG eine Durchschnittsfamilie etwa 8 Euro im Jahr und diese Summe wird sich nur unwesentlich erhöhen, wenn der Ausbau so zügig voran schreitet, wie dies aus Sicht des Klimaschutzes notwendig ist.

Eine Sonderregelung für energieintensive Betriebe, wie derzeit von manchen gefordert, erscheint angesichts der realen Kosten des EEG nicht erforderlich. Es wäre auch nicht vernünftig, die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien ausschließlich den Privathaushalten und kleinen Unternehmen aufzuerlegen.

### ***Trittin: Dosenpfand stärkt Mehrweg - Reibungsloser Start seit Jahresbeginn***

(BMU Pressedienst, 15. Januar 2003) Zwei Wochen nach Einführung des Dosenpfandes hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin eine positive Zwischenbilanz gezogen. "Das Dosenpfand markiert eine Wende auf dem Getränkemarkt", sagte Trittin. "Die Einführung der Pfandpflicht auf Einweg-Getränkeverpackungen stabilisiert Mehrweg und stoppt den Trend zu immer mehr Wegwerfverpackungen. Das ist gut für die Umwelt und die 250.000 Beschäftigten im Bereich der Mehrwegwirtschaft." Zudem wachse nunmehr die Bereitschaft der Bundesländer, die Pfandpflicht zu vereinfachen und eine gemeinsame Novellierung der Verpackungsverordnung anzugehen.

Der Bundesumweltminister sagte, das von manchen heraufbeschworene Chaos bei der Einführung des Dosenpfandes sei ausgeblieben. Von wenigen Einzelfällen abgesehen hätten sich Handel und Kunden im Großen und Ganzen schnell und reibungslos auf das Dosenpfand eingestellt.

Die noch im letzten Jahr ausgerechnet von der Einwegseite häufig in Zweifel gezogene Lenkungswirkung des Dosenpfandes stehe bereits außer Frage. "Mehrwegflaschen haben plötzlich wieder eine Chance auf dem Markt", sagte der Bundesumweltminister und verwies auf das Beispiel einer großen Handelskette, die das Dosenpfand bis zuletzt bekämpft hatte. "Metro wirbt jetzt für Mehrweg-Artikel mit dem Slogan ‚die clevere Alternative zum Einweg-Pfand‘. Das haben wir ja schon immer gesagt!" Auch bei der Bevölkerung stoße das Dosenpfand nach wie vor auch breite Zustimmung, wie Umfragen immer wieder zeigten.

Für Irritationen sorgen derzeit allenfalls noch Abgrenzungsprobleme, da sich das Einwegpfand nach der geltenden Verordnung derzeit noch am Inhalt und nicht an der Art der Verpackung festmache. "In dieser Hinsicht ist die jetzige Regelung verbesserungsbedürftig", sagte Trittin. Er erinnerte daran, dass der letzte Vorschlag für neue Verpackungsverordnung vor anderthalb Jahren im Bundesrat vor allem am Widerstand der Unionsregierten Bundesländer gescheitert war. Erfreulicherweise wachse derzeit bei den Ländern die Bereitschaft, gemeinsam die Pfandpflicht zu vereinfachen und einen neuen Anlauf zu starten. "Mein Treffen mit den Länderkollegen aus Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen am letzten Sonntag war in dieser Hinsicht ein guter Auftakt", sagt der Bundesumweltminister. Die Umweltminister hatten sich auf die Eckpunkte für eine Novelle verständigt, nach der das Pfand zukünftig auf alle Einweg-Getränkeverpackungen erhoben werden soll. Ausnahmen soll es nur für ökologisch vorteilhafte Verpackun-

gen geben, also Getränkekartons und Schlauchbeutel. "Damit würde das Dosenpfand verbraucher- und handelsfreundlicher", sagte Trittin.

Das Bundesumweltministerium hatte mit Unterstützung des Bundespresseamtes eine Info-Hotline für Verbraucher und Einzelhändler eingerichtet, die besonders in den ersten Tagen des Jahres sehr stark auch von den Inhabern kleiner Einzelhandelsgeschäfte und Kioske genutzt wurde. "Diese Beratung wäre eigentlich Aufgabe der einschlägigen Einrichtungen und Verbände des Handels gewesen. Die uns vorgetragene Kritik der Einzelhändler hat sich denn auch weniger gegen das Dosenpfand sondern meist gegen die eigenen Interessenvertreter gerichtet", sagte Trittin.

Unter <http://www.pfandpflicht.info> finden Sie die wichtigsten Fragen und Antworten zur Pfandpflicht und Hintergrundinformationen zum Thema. Außerdem finden Sie dort die E-Cards und den Kinospot der Kampagne "Dosenpfand".

## 7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

### ***EU: Räte fordern mehr Nachhaltigkeit***

(Nachhaltigkeitsrat 08.01.2003, <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/>) Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist ein zersplittertes und wenig effektives Instrument. Nachhaltigkeit soll in der EU mehr Durchsetzungskraft im politischen Alltag erlangen. Vor allem in den Bereichen Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei sind schärfere Maßnahmen als bisher notwendig. Eine zukunftsverträgliche Politik muss sich deutlich im Leben der Bürger und in der alltäglichen politischen Praxis auswirken. Das sind die zentralen Forderungen der Sustainable-Development-Arbeitsgruppe des European Environmental Advisory Councils (EEAC). Die Arbeitsgruppe, in der auch der deutsche Nachhaltigkeitsrat repräsentiert ist, hat auf ihrer ersten Sitzung im vergangenen Dezember Empfehlungen für eine künftige Nachhaltigkeitsstrategie in Europa erarbeitet, die jetzt der EU-Kommission übergeben werden.

Die bisherige Nachhaltigkeitsstrategie der EU aus dem Jahr 2001 greife trotz positiver Elemente insgesamt zu kurz, urteilen die Experten aus zehn europäischen Ländern. Das Hauptproblem sei, dass die EU-Strategie nur in Fragmenten mehrerer Dokumente vorliege. So sei sie nicht dazu geeignet, in Europa eine wirksame nachhaltige Politik umzusetzen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die EU die Nachhaltigkeitsstrategie vervollständigt und dass sich die EU-Politik künftig in allen Bereichen an Nachhaltigkeitskriterien orientiert. Handlungsschwerpunkte sehen die Experten in den Sektoren Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei. Sie fordern beispielsweise, den Umstieg auf regenerative Energien zu beschleunigen und Maßnahmen gegen eine weitere Überfischung der Meere zu ergreifen. In der Agrarpolitik müsse der Einsatz von Chemikalien reduziert werden, im Transportsektor sei der baldige Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft notwendig. Auch für Umsetzung und Monitoring geben die Empfehlungen konkrete Anhaltspunkte. Alle Kommissare der EU sollten dafür verantwortlich sein, dass in ihrem jeweiligen Politikbereich Nachhaltigkeitsziele realisiert werden. Der jeweilige Umweltkommissar habe dafür Sorge zu tragen, dass Umweltschutzaspekte bereichsübergreifend in die Politik Eingang finden, und einmal jährlich sollten auf einer Sitzung des EU-Rats die Fortschritte diskutiert werden. Das Treffen des EU-Rats im kommenden März, auf dem die Nachhaltigkeitsstrategie der EU überarbeitet wird, ist laut EEAC eine Chance, um die Zukunftsfähigkeit europäischer Politik soweit zu stärken, dass Europa eine Führungsrolle in der Nachhaltigkeit übernehmen kann. Für das Jahr 2004 wird der EU nahe gelegt, eine Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung in Europa durchzuführen.

### ***EU: Die Überschreitungen der EU-Luftqualität wurden genauer festgelegt***

(Financial Times, London 24.1.03) Die Europäische Kommission hat weitere Verfahren gegenüber EU-Mitgliedstaaten angekündigt, die das Europäischen Umweltrechts missachten. Mehr auf englisch:

***EU air quality infringements detailed***

Further infringement proceedings against EU member states for breaching European environmental laws have been announced by the European Commission. Six governments are being targeted for transgressing various air pollution laws. The announcement is the last to flow from the commission's quarterly infringements meeting in December.

Austria is to be referred to the European court of justice for failing to bring national legislation into line with the EU's 1988 large combustion plants directive. A trip to the court is also on the cards for Ireland, which has not provided monitoring data on carbon dioxide emissions from cars, under an EU scheme launched in 2000.

Greece faces referral to the court for not applying a 1984 directive on combating air pollution from industrial plants to a power station on Crete. The country, along with Belgium and Finland, will also receive a reasoned opinion (final written warning) for not informing the Commission of measures to transpose amendments to a directive on internal combustion engines for non-road machinery.

Reasoned opinions will also be dispatched to Germany and Ireland for failing to report measures to recover and eliminate ozone-depleting substances.

***EU: Ökologische Vergabekriterien laut Europäischem Gerichtshof zulässig***

(Wirtschaft und Umwelt, 4/2002) Im zugrunde liegenden Fall schrieb die Stadt Helsinki den kommunalen Busbetrieb linienweise aus. Zur Ermittlung des Bestbieters wurden den einzelnen wettstreitenden Unternehmen bestimmte Punkte zugeordnet. Diese orientierten sich einerseits an den Kriterien des Preises und der Qualität der Busse, andererseits aber auch am Qualitäts- und Umweltkonzept der jeweiligen Unternehmen.

Den Zuschlag erhielt schließlich die „HKL“, das kommunale Verkehrsunternehmen der Stadt Helsinki. Es siegte nach Maßgabe der Kriterien letztlich deshalb, weil es stickoxid- und lärmarme gasbetriebene Busse betreibt. Der EuGH bejahte auf Grundlage der EG-Vergaberichtlinien die Zulässigkeit derartiger ökologisch-orientierter Zuschlagskriterien. Er hielt dazu unter anderem fest, dass die Zuschlagskriterien auch Faktoren enthalten können, welche „nicht rein wirtschaftlich“ sind, und verwies überdies auf die besondere Bedeutung des Umweltschutzes im Gemeinschaftsrecht.

***D: Leitfaden für internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz***

(BMU-Pressedienst, 11.02.03) Das Bundesumweltministerium hat einen Leitfaden vorgestellt, mit dem internationale Klimaschutzprojekte ergebnisorientiert bewertet werden können. Derartige Projekte sind im Rahmen der so genannten "flexiblen Mechanismen" des Kyoto-Protokolls möglich und können von den Vertragsstaaten zur Erfüllung ihrer Klimaschutzverpflichtungen genutzt werden. Voraussetzung ist allerdings das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls, was mit der bevorstehenden Ratifizierung durch Russland voraussichtlich in diesem Jahr der Fall sein wird.

Das Kyoto-Protokoll sieht zwei Formen internationaler Zusammenarbeit beim Klimaschutz vor: "Joint Implementation" (gemeinschaftliche Umsetzung) umfasst Klimaschutzprojekte zwischen Unternehmen aus den Industrieländern, während der "Clean Development Mechanism" (CDM) umweltorientierte Schaffung von Arbeitsplätzen, ntierte Entwicklungsprojekte solcher Unternehmen in Ländern des Südens bezeichnet.

Schon jetzt werden eine Vielzahl von Vorschlägen für internationale Klimaschutzprojekte an die Bundesregierung herangetragen. Für die Auswahl der Projekte, die Aussicht auf internationale Anerkennung haben, ist ein eindeutiges Prüf- und Auswahlverfahren notwendig. Ein solches Verfahren soll Bundesregierung und Projektträgern ermöglichen, rasch und ohne hohen bürokratischen Aufwand zu klären, ob die Bedingungen des Kyoto-Protokolls erfüllt werden und ob ein Projekt zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen kann. Mit dem Leitfaden wird Projektentwicklern, Investoren und Behörden ein wichtiges Hilfsmittel an die Hand gegeben.

Der Leitfaden für die klimaschutzpolitische Bewertung von JI- und CDM-Projekten in Deutschland wurde im Rahmen des vom BMU und vom Umweltbundesamt durchgeführten Forschungsvorhabens "Klimaschutzpolitische Bewertung von Projekten" entwickelt. Mit der Erarbeitung waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin und die internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Köln

beauftragt. Der Leitfaden kann im Internet unter (<http://www.bmu.de> bzw. <http://www.bmu.de/fset1024.php>) abgerufen werden.

### ***UK: Blair durch seine Energiepolitik erneut unter Beschuss***

(Daily Press 24.01.2003) Tony Blair wird für sein Unterlassen, die Ziele des nachhaltigen Klimawechsels in den Mittelpunkt der Energiepolitik der Regierung zu stellen, erneut kritisiert. Mehr auf englisch:

#### ***Renewed attack on Blair over energy policy***

Tony Blair has come under renewed attack for failing to put long-term climate change objectives at the heart of the government's energy policy.

The Institute of Public Policy Research will claim today that the government is "way off track" in meeting its goal of cutting carbon dioxide emissions by 20 per cent by 2010. Tackling climate change should be made the primary policy goal of next month's energy white paper, it says.

Meanwhile, several climate experts have written to the prime minister expressing their fears that the white paper will neglect the international dimension of climate policy.

The signatories include Sir Tom Blundell, chairman of the Royal Commission on Environmental Pollution, and Sir John Houghton, the former chairman of the United Nations-appointed panel of climate change scientists.

The letter urges Mr Blair to use the white paper to show international leadership on climate change policy. A "rare window of opportunity" will be provided by the start of discussions about a post-Kyoto climate change agreement later this year, it says.

The white paper should address a policy framework known as "contraction and convergence", it says, under which developed countries would cut their emissions to the level of less developed countries. This approach was recommended by the 2000 Royal Commission's energy report, which called for a 60 per cent reduction in UK carbon dioxide emissions by 2050.

The IPPR report says a target of cutting emissions by 60 per cent by 2050 could be achieved while ensuring security of supply and without compromising affordability. But it says that achieving the goal of a secure and affordable transition to a low-carbon economy would require "a revolution in political commitment".

The report assesses the UK's expected need for extra generating capacity in 2020 following the closure of many ageing nuclear stations and the likely closure of coal-fired stations following the implementation of expensive environmental regulations.

It argues against the construction of more nuclear stations and recommends that the white paper be used to announce a target of 25 per cent of electricity from renewable sources by 2020.

### ***USA: What would Jesus drive?***

(Zusammenfassung aus dem Wuppertaler Bulletin <http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin>) Diese Frage beschäftigt in Amerika eine breite Koalition religiöser Gruppierungen, die gegen die Ignoranz der restlichen amerikanischen Bevölkerung und vor allem derjenigen vorgehen wollen, die eher auf ihr gestyltes Panzerfahrzeug als im Auftrag der christlichen Nächstenliebe auf ihre Umwelt achten. Denn passend zur aktuellen politischen Lage ist Amerikas jüngstes Statussymbol der „Hummer H2“, eine Imitation eines Armee-Jeeps, das sowohl zur Durchquerung der irakischen Wüste als auch, durch hohen Benzinverbrauch und Schadstoffausstoß, zur Zerstörung der Umwelt geeignet ist.

Die Antwort offenbart sich für die Umweltjünger unmittelbar: Jesus würde mit Sicherheit ein schadstoffarmes Auto fahren! Auch wenn die Beantwortung dieser Frage die Religionswissenschaften noch einige Zeit beschäftigen dürfte, wird die Verbindung von Religion, Umweltschutz und Moral derweilen ihre Wirkung in Amerika nicht verfehlen. Sogar die amerikanische Regierung hat angesichts der drohenden Himmelsstrafe schon entsprechende Gesetzesvorschläge zur Reduzierung des Benzinverbrauchs eingebracht. Das berechtigt sie jetzt vielleicht auch zum Autoaufkleber "What would Jesus drive?", der von der umweltbewussten Reli-

gionsgruppe auf den Markt gebracht wurde. Für seinen Erwerb genügt nämlich nicht allein eine bloße Geldüberweisung von 5 Dollar, sondern es muss ein ökologisches Gelöbnis abgelegt werden!

### ***USA: Schaffung von Arbeitsplätzen durch geringere Lohnnebenkosten***

(USAToday, Newspaperstories, Robert Walker, Präsident „Get America working“) Trotz der bemerkenswerten Unterlassung des Weißen Hauses am 21.01.03 die Sozialversicherungsbeiträge zu senken, die zur Stimulierung der Wirtschaft vorgeschlagen wurden, wächst die Unterstützung für einen Gegenvorschlag der Demokraten, der die Sozialversicherungsbeiträge kurzzeitig senken würde, damit den Konsumenten mehr Geld zur Verfügung steht.

Auf jeden Fall sollte der weitergehende und wichtigere Grund, der für die Reduzierung der Besteuerung von Arbeit spricht, nämlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, sollte die beide Parteien vereinigen. Mehr auf englisch:

#### ***Payroll tax cuts create jobs***

Despite the White House's notable omission of payroll tax relief from the economic stimulus proposal it made Tuesday, the 21.01.03 support is growing for a Democratic counterproposal that would use short-term payroll tax cuts to put more cash into consumers' hands. The far more important reason for reducing payroll taxes, however, remains job creation, a rationale both parties should embrace.

Cutting payroll taxes (now 15.3% in Social Security, disability and Medicare taxes, paid by employers and workers alike) would reduce labor costs, pre-empting further layoffs while encouraging new hires. University of Texas labor economist Daniel Hamermesh projects that cutting payroll taxes by 10 percentage points would increase employment about 3% near term and up to 10% long term. The country badly needs those jobs, because the official unemployment rate, which jumped to 6% in November, is only the tip of the true joblessness iceberg.

Labor Department unemployment data are based on monthly interviews of 60,000 households. Occupants are asked whether they were jobless and looking for work in the previous week. Those looking are counted as unemployed. Those who have not worked or looked in the past month are not counted.

That narrow standard grossly understates joblessness. Tens of millions of able Americans who want jobs and millions more part-time workers who want longer hours have given up looking.

#### ***Millions of potential workers***

A truer measure of unemployment is the total number of able adults who would choose to work, or work more, given the chance. The Labor Department now considers 72.1 million adults outside the labor force, though surveys show many of them want jobs. For example, the vast majority of 30 million Americans ages 21 to 64 with disabilities want to work, but only half do. Only 18% of men over age 65 worked in 2000, although many retirees still want jobs.

Millions, particularly men, lost jobs during the past decade. Unable to find jobs except at much lower salaries, many left the workforce. About 5.4 million of them now rely on disability payments, a number that almost doubled since 1990, raising federal costs from \$24.8 billion to \$59.6 billion last year.

Policymakers often overlook the costs of hidden joblessness. In addition to welfare payments and lost production, unemployment and underemployment aggravate social ills ranging from family breakups to depression and crime, costing the government billions. Lower payroll taxes would cut these huge hidden costs as well as put money in consumers' hands.

#### ***Support widens***

The Business Roundtable, a group of large-corporation CEOs, has joined the push for payroll tax cuts, urging elimination of Social Security taxes on the first \$10,000 in earnings for a year. Presidential hopeful Sen. John Kerry, D-Mass., and many other members of Congress also endorse the idea.

Contrary to what some critics say, the impact on Social Security and Medicare trust funds would be small. The Treasury could reimburse revenue lost through such a short-term payroll tax cut, or there could be an income tax credit for some portion of payroll taxes paid, or, in the longer term, a revenue-neutral shift from

taxing payroll to taxing consumption, such as an energy tax. In any case, payroll tax relief would increase employment, which is critical for the solvency of Social Security and Medicare.

When they began nearly 70 years ago, payroll taxes were 1% of federal revenue; they now are 35%. This distorts market prices: Labor today is overtaxed and overpriced; natural resources are comparatively under-taxed. As a result, we consume more energy and materials and employ fewer people than we should.

Payroll tax cuts would create millions of jobs, lower hidden unemployment's costs and set the country on a path toward vigorous, sustained economic growth - goals both parties should find irresistible.

Robert Walker is the president of the bipartisan employment policy group Get America Working!

<http://www.getamericaworking.org/>

### **USA: Grüner Strom für New York**

(Nachhaltigkeitsrat, <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>) Der Staat New York will in den USA Vorreiter bei der Nutzung Regenerativer Energien werden. Bis 2013 sollen mindestens 25 Prozent des in New York verbrauchten Stroms über Solar- und Windenergie, über Biomasse und Wasserkraft produziert werden.

Das kündigte Gouverneur George Pataki Anfang Januar in einer Regierungserklärung an. Erneuerbare Energien liefern derzeit rund 17 Prozent des Stroms, der in dem Bundesstaat verbraucht wird. Experten erwarten für die kommenden Jahre vor allem einen Ausbau der Windkraft- und Biomassenutzung. Die American Wind Energy Association geht davon aus, dass durch eine Steigung der Quote von regenerativ erzeugtem Strom auf 25 Prozent zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr vermieden werden können.

## **8. BUCHBESPRECHUNG: „SONNENSTRATEGIE – POLITIK OHNE ALTERNATIVE“**

***Hermann Scheer: „Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative“, Piper 1993.***

***Autor***

Hermann Scheer ist Mitglied des Bundestages und Präsident von Eurosolar. Vor drei Jahren erhielt er den alternativen Nobelpreis.

***Kommentar***

Seit dem schweren Hochwasser im Sommer 2002 ist der drohende Klima-Gau mit einem Schlag wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und war daraufhin sogar Wahlkampfthema.

Aber gibt es überhaupt eine in absehbarer Zeit realisierbare Alternative?

Bereits vor 10 Jahren hat Hermann Scheer sich dieser Frage in überzeugender Weise gewidmet und den Ausbau erneuerbarer Energien als Königsweg aus der Klimakrise beschrieben.

Gegen erneuerbare Energien sagt prinzipiell keiner allzu schlechtes. Nur wird immer noch bezweifelt, ob diese einen ernstzunehmenden Beitrag zu unserem Energie-Mix leisten können. Ich erinnere mich noch gut, wie das Potential erneuerbarer Energien noch in den 90er Jahren von den großen Energieversorgern mit groß angelegten Plakatserien marginalisiert wurde.

Dabei ist nur wenigen bewusst, dass es bereits im 19. Jahrhundert Windkraftanlagen zur Stromerzeugung und erste Forschungen in Richtung Photovoltaik gegeben hat. Angesichts des "Jahrhundertversäumnisses", diese Techniken nicht konsequent weiterverfolgt zu haben, wundert man sich über die Verteilung von Forschungsgeldern. Nicht nur, dass das Verhältnis zu den Ausgaben für Weltraum- oder Rüstungsforschung in den 80er Jahren geradezu lachhaft ist: Selbst innerhalb der Mittel für Energieforschung waren die bewilligten Gelder für erneuerbare Energien im Vergleich zu jenen für fossile und atomare Energieträger äußerst bescheiden.

Nach den Hauptsätzen der Thermodynamik führt die Nutzung gebundener Energie zu zusätzlicher Entropie. Aus dieser Erkenntnis leitete der Physiker Ostwald bereits 1912 einen energetischen Imperativ ab, den Scheer wie folgt übersetzt: Nutze nur Energie-Quellen, die keine zusätzliche Wärme entstehen lassen.

Oder anders formuliert: Zur Sonnen-Strategie gibt es aus thermodynamischen Überlegungen überhaupt keine Alternative!

Untersucht werden auch die aktuell mobilisierbaren Potentiale aller zur Verfügung stehender Technologien zur Nutzung von direkter und indirekter Sonnen-Energie. Es lässt sich zeigen, dass sich bereits auf dem jetzigen technischen Stand unser Energiebedarf rechnerisch problemlos mittels einem Mix aus Solarthermischer Wärme, solarem Bauen, Windkraft, Photovoltaik und erneuerbarer Biomasse decken ließe. Das ist angesichts der technischen Weiterentwicklungsmöglichkeiten und weiterer Formen wie der Nutzung von Wasserkraft, solarem Wasserstoff, Gezeiten, Meerwärme und Geothermie eine positive Nachricht.

Interessant sind auch die Ausführungen zur Rolle der Energie für die volkswirtschaftliche Entwicklung sowie für die 3. Welt-Problematik. Die Verknüpfung der Energie- mit der Sozial-Politik dürfte nicht jedem vertraut erscheinen, es ist aber wichtig, sich solcher Implikationen bewusst zu sein.

Die politisch ausgerichtete Abhandlung enthält vereinzelt Passagen, die mir zu polemisch geraten sind. Um möglichen Einwänden vorzubeugen, wäre das Eingehen auf einige technische Aspekte wie der Regelungstechnik beim solaren Energiemix eine Abrundung gewesen.

Lobenswerterweise wird in einem eigenen Kapitel eine Lanze für die Einführung einer Entropiesteuer gebrochen. Der konkrete Vorschlag einer Primärenergie-Steuer verbunden mit einer Reduktion der Mehrwertsteuer ist aus Lenkungs-Gesichtspunkten vernünftig, erscheint vor europäischem Hintergrund zur Zeit jedoch nicht umsetzbar, da auf der einen Seite deutsche Energieproduzenten im europäischen Wettbewerb benachteiligt würden und auf der anderen Seite Deutschland im europäischen Vergleich schon nahe dem unteren Limit der Mehrwertsteuer-Bandbreite zwischen 15 und 25% positioniert ist.

Herausheben möchte ich die strategische Positionierung: "Von der Agenda 21 zur Agenda 1"! In der Tat erscheint eine Konzentration der globalen Ökologie-Anstrengungen auf die Lösung der Energiefrage eine sinnvolle Priorisierung, statt sich auf globalen Konferenzen mit allen möglichen Subthemen im Detail zu verzetteln. Nicht umsonst war eine aufkommensneutrale Energieverteuerung erstes Ziel des FÖS im Sinne einer noch weiter zu entwickelnden ökologischen Finanzreform.

### **Fazit**

Ein wichtiges Buch, das Mut (und Wut) macht sowie (leider) wenig an Aktualität eingebüßt hat.

### **Rückblick**

Lesen Sie auch die Besprechung von „Ökonomie für den Menschen“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsaktuell/newsaktuell.html#7>, „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews12.html>, „Zukunftsfähiges Deutschland“ unter <http://www.foes-ev.de/news13/6artikel1.html>, „No Logo!“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsaktuell/newsaktuell.html> und „Der Klima-Gau – Erdöl, Macht und Politik“ unter <http://www.foes-ev.de/news15/6artikel1.html>.

### **Zum Verfasser dieses Artikels:**

Andreas Sauter ist seit März 2002 Vorstandsmitglied und Schatzmeister des FÖS. Beruflich ist der Dipl.-Mathematiker und Aktuar DAV als Vorstandsassistent bei der Münchener Rückversicherung tätig.

## **9. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER**

Liebe Freunde, beim Lesen der ÖkoSteuerNews spüre ich richtig, dass die Verfasser mit dem Herzen bei der Sache sind (Kein Wunder bei dem Thema!). (E.V. aus Offenburg)

Bitte mehr selektieren, kürzer schreiben und eher in kürzeren Abständen als in längeren publizieren (das erhöht auch die Aktualität). (U.B. aus Berlin)

Liebe Autoren des Infobriefs, ich würde es sehr begrüßen, wenn die Infos gestrafft würden. (H.K.)

Lieber FÖS, zunächst einmal vielen Dank für die Mühe, die Sie sich mit der Zusammenstellung der

ÖkoSteuerNews machen. Resultat ist stets ein hervorragend aktueller Überblick über den Stand der Dinge. (M.W.)

## 10. JOBS

### ***Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung sucht Verstärkung***

Das IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung sucht ab sofort zur Verstärkung der Arbeitsgruppe "Ökologisches Wirtschaften"

#### **eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in**

mit besonderen Kenntnissen in den Bereichen Nachhaltige Informations- und Kommunikationstechniken, Sozial-ökologische Konsumforschung, Umweltmanagement, Ökologische Produktpolitik.

Erwartet werden von den Bewerber/innen Freude am Arbeiten in einem interdisziplinären Team, selbständige Akquisition und Bearbeitung von F+E-Projekten, Flexibilität im Umgang mit neuen Anforderungen und sehr gute Sprachkenntnisse in Englisch. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Wirtschafts-, Sozial- oder Informationswissenschaft oder der Umweltschutztechnik.

Die Stelle (1 BAT IIa) ist zunächst auf 2 Jahre befristet. Eine Verlängerung der Stelle wird angestrebt.

*Die schriftliche Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte bis 30.3. 2003 an:*

IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH

z.H. Siegfried Behrendt, Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin, Tel. 030/80308810, <mailto:s.behrendt@izt.de>

## 11. LINKS UND PUBLIKATIONEN

### ***Über den Tellerrand der Ökosteuern hinausgeblickt - Neue Bücher***

(Wuppertal Bulletin 1/2003 <http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin>) Achim Truger zieht eine „gemäßigt positive Bilanz der rot-grünen Steuerreformen in Deutschland“ in der ersten Regierungsperiode. „Die ... sozialen, ökologischen und familienpolitischen Akzentsetzungen geben den Reformen insgesamt ein ‚rot-grüneres‘ Profil, als man es von der alten Bundesregierung hätte erwarten können. Im Falle ihrer Wiederwahl“ könne eine neue rot-grüne Regierung „dieses Profil ... leicht durch weitere Steuerreformen schärfen.“ Gegenstand seines Buches ist ein Überblick über sämtliche Sachbereiche der Steuerpolitik, auch die, in denen der Reformansatz in die nächste, die gegenwärtige Periode lediglich verschoben wurde.

Grundlage des Buches sind die Beiträge zu einer Tagung, welche das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) im Dezember 2000 unter der Leitung des Herausgebers veranstaltet hat. Neben dem ‚Muss‘, der ökologischen Steuerreform, werden die Einkommen- und die Unternehmensteuerreform dargestellt sowie in je eigenen Beiträgen Ausblicke gegeben auf die Renten-, die Familien- und die Vermögensbesteuerung. Eine höchst originelle Fragestellung hat Andreas Schwarz in seiner Innsbrucker Dissertation aufgegriffen – die Arbeit wurde von der Finanzwissenschaftlerin Hannelore Weck-Hannemann betreut.

Der Autor geht davon aus, dass die umweltpolitischen Instrumente in den klassischen ‚Kanon‘ von vier Typen zerlegt werden können: (1) Auflagen, (2) Abgaben, (3) Zertifikate und (4) das Haftungsrecht. Das Ertragsteuersystem im Hintergrund habe eine „Wirkung“, welche die Eigenschaften der genannten umweltpolitischen Instrumente tangiere. Es geht um die Auswirkungen des Ertragsteuersystems auf das Funktionieren der Umweltpolitik – ich habe nie vorher gehört, dass jemand diese doch nahe liegende Frage ‚erster Potenz‘ je gestellt hat. Diese Sichtweise wird entfaltet, und anschließend wird die Prüfung der Instrumente unter diesem Aspekt durchgeführt.

**Literatur:**

Truger, Achim (Hg.): Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland.

Eine Zwischenbilanz. Metropolis Verlag, Marburg 2001

Schwarz, Andreas: Die umweltpolitische Bedeutung der Ertragsbesteuerung.

Analytica Verlag, Berlin 2001

**Neues Wuppertal Bulletin im Netz**

Die Ausgabe 1/03 der Online Publikation "Wuppertal Bulletin zu Instrumenten des Klima- und Umweltschutzes" ist erschienen.

Sie befasst sich u.a. mit

- den Treibhausgasemissionen von PKW-Klimaanlagen
- den Ergebnissen der Energie-Enquete- Kommission
- der Besteuerung von Erdgas und schwerem Heizöl in der Novellierung der Ökosteuer
- der Einbeziehung von innereuropäischen Flügen in die Mehrwertsteuer
- der Investitionsverhinderung bei Gas- und Dampfkraftwerken durch mineralölsteuerliche Tricksereien
- dem Verhältnis von Flughöhe und Emissionsbelastung

<http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin>

**Die Krise der Umwelt und die Solare Revolution**

Gründinger, Wolfgang: Öko-Realismus. Die Krise der Umwelt und die Solare Revolution. Schardt-Verlag, Oldenburg 2002, ISBN 3-89841-066-8, 185 Seiten, 9,90 €

Wolfgang Gründinger, Jahrgang 1984, leitet die Umweltkommission der Jusos Bayern, ist Bundesvorstandsmitglied von Youth for Intergenerational Justice and Sustainability (YOIS) Deutschland und war Jugenddelegierter auf dem Weltnachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg.

„Der 18-jährige Wolfgang Gründinger meldet sich mit seinem Buch zu Wort und setzt der Plünderung des Planeten Widerstand entgegen. Anhand einer Fülle gut recherchierter Zahlen und Fakten umreißt er alle Themen vom Treibhauseffekt bis zur Massenarmut und setzt sich kritisch mit Atomkraft und Gentechnik auseinander. Anschließend stellt er seine Gedanken zu einer Solaren Revolution vor, die den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung möglich machen soll, wobei er über die üblichen Ansätze zu Ökosteuer und Solarenergie hinausgeht.“ (EUROSOLAR)

„Der goldene Mittelweg zwischen Optimismus und Pessimismus ist schmal. Das vorliegende Buch bewegt sich auf diesem Mittelweg. Öko-Realismus hebt sich angenehm ab von der üblichen Drucksachenproduktion in Sachen Umweltschutz. Dem Buch wünsche ich weite Verbreitung und Wolfgang Gründingers politischem Engagement langen Atem.“ (Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB, Gründungspräsident Wuppertal Institut)

<http://www.oekosozialismus.de>

**Ökosteuer: Keine Lücke im bewährten Konzept entstehen lassen**

(Umweltbundesamt, <http://www.umweltbundesamt.de>) Am 01. Januar 2003 tritt die fünfte und letzte der bisher gesetzlich festgelegten Stufen der Ökologischen Steuerreform in Kraft. Und es zeigt sich, dass das Konzept „Ökosteuer“ aufgeht: Bus und Bahn melden mehr Fahrgäste, die Nachfrage nach sparsamen Autos steigt, und Unternehmen verstärken ihre Marketing- und Entwicklungsstrategien zugunsten energie sparender Produkte. Dieser positive Trend zu einem energiebewussteren Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen darf nicht abreißen. Dazu Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes: „Die Ökologische Steuerreform wirkt nur dann dauerhaft, wenn sie kontinuierlich und damit berechenbar ist. Deshalb sollte die Ökologische Steuerreform rechtzeitig überprüft und weiterentwickelt werden. Eine Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen könnte dazu führen, dass notwendige energie sparende Investitionen ausblieben.“ Dass sich ein Energiesparen lohnt - für Umwelt und Geldbörse -

zeigt die aktuelle Broschüre „Ökosteuer – sparen oder zahlen?“ des Umweltbundesamtes (UBA). Sie gibt zahlreiche Tipps zum sparsamen Umgang mit Energie.

Sicher: Durch die Ökosteuer wird Energie zunächst teurer. Aber: Verbraucherinnen und Verbraucher sind der Ökosteuer nicht ausgeliefert. Vielmehr können sie in vielen Bereichen ohne Komfortverlust Energie sparen und das ausgleichen, was sie durch die Ökosteuer mehr ausgeben. Schon kleine Verhaltensänderungen haben große Wirkung. Und beim nächsten Kauf eines Kühlschranks, Fernsehers und Computers oder der Erneuerung der Heizungsanlage lohnt ein Blick auf den Energieverbrauch, um auch langfristig hohe Energiekosten zu vermeiden. Denn innerhalb einzelner Produktgruppen gibt es erhebliche Unterschiede. Gegliedert in die drei Bereiche „Mobilität“, „Strom sparen im Haushalt“ sowie „Heizen und Wärmedämmen“ wird in der UBA-Broschüre „Ökosteuer - zahlen oder sparen?“ gezeigt, wie jeder Einzelne ohne große Investitionen zum Gewinner der Ökologischen Steuerreform werden kann. Ebenso nennt die Broschüre Kriterien, die bei der Anschaffung Energie verbrauchender Güter oder der energetischen Sanierung ihrer Wohnung beachtet werden sollten. Nützliche Adressen für weitere spezielle Informationen - auch zu einer möglichen finanziellen Unterstützung Energie sparender Investitionen - runden die Broschüre ab.

Die Ökologische Steuerreform hat im Zusammenwirken mit den besonders im Jahr 2000 stark gestiegenen Rohölpreisen und dem US-Dollarkurs sowie der daraus resultierenden öffentlichen Diskussion zu einem gestiegenen Bewusstsein für Energie sparendes Verhalten geführt. Dies zeigt sich sowohl in einer Verringerung der Kraftstoffverbrauchs (so ist beispielsweise der Benzinverbrauch im Jahr 2001 um 1,8 Prozent und im Jahr 2000 um 1,2 Prozent - jeweils gegenüber dem Vorjahr - gesunken) als auch in steigenden Verkaufszahlen für besonders sparsame 3- und 5-Literautos und Autos mit umweltfreundlichem Kraftstoff - zum Beispiel Erdgas. Ebenso verzeichnet die Bahn, nach Rückgängen in den vergangenen Jahren, wieder Zuwächse. Im Jahr 2000 waren es zwei Prozent mehr Bahnreisende und eine Steigerung der Transportleistung um 7,9 Prozent. Diese positiven Entwicklungen müssen weiter befördert und durch verlässliche Rahmenbedingungen verstärkt werden. Planungssicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Energie sparende Investitionen, die sich häufig erst nach einigen Jahren rentieren. Deshalb sollte aus Sicht des Umweltbundesamtes eine Überprüfung und Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform rechtzeitig erfolgen, damit keine unnötige Verunsicherung über die weitere ökologische Besteuerung entsteht. Eine Überprüfung sollte vor allem auf eine weitere Erhöhung der Steuersätze in stetigen, moderaten und vorhersehbaren Schritten und dem weiteren schrittweisen Abbau der Sonderregelungen für das Produzierende Gewerbe zielen.

Zum Jahreswechsel erhöht sich die Mineralölsteuer auf schwefelfreie Kraftstoffe um 3,07 Cent pro Liter; Kraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von mehr als 10 ppm (parts per million) werden zusätzlich mit 1,53 Cent pro Liter - also insgesamt mit 4,6 Cent pro Liter - belastet. Beim Strom steigt der Steuersatz um 0,26 Cent pro Kilowattstunde. Ebenso treten die im November vom Bundestag beschlossenen Neuregelungen zur Ökologischen Steuerreform in Kraft. Für Verbraucherinnen und Verbraucher sind vor allem die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Erdgas um 0,202 Cent pro Kilowattstunde von Bedeutung. Damit wird auf der Basis der ökologischen Bedeutung - hinsichtlich Energiegehalt und resultierenden klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen - der Energieträger eine Angleichung der Steuersätze für leichtes Heizöl und Erdgas im Wärmemarkt erreicht. Für die Industrie werden die Sonderregelungen neu gestaltet.

### ***BMU: Fremdsprachige Veröffentlichungen zur ÖSR***

The ecological tax reform: Introduction, continuation and further development to an ecological and financial reform (January 2003) With its ecological tax reform, the German Government's is aiming to encourage energy saving and efficient energy use, and to promote renewable energies.

English: [http://www.bmu.de/english/download/b\\_oekosteuerreform\\_en.php](http://www.bmu.de/english/download/b_oekosteuerreform_en.php),

French: [http://www.bmu.de/francais/download/b\\_oekosteuerreform\\_fr.php](http://www.bmu.de/francais/download/b_oekosteuerreform_fr.php),

Spanish: [http://www.bmu.de/espanol/download/b\\_oekosteuerreform\\_es.php](http://www.bmu.de/espanol/download/b_oekosteuerreform_es.php)

### ***Wollen Sie den Nobelpreis für nachhaltige Entwicklung?***

(dieNEWS, December 16th, 2002) Dieser Preis hätte ein großes Potential die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeit eines Einzelnen oder einer Organisation zu ziehen.

Er sollte zusätzlich sein und nicht den Beitrag der schon bestehenden Wissenschaftsbereiche des Nobelpreises wie Physik, Chemie und Wirtschaft zu den erneuerbaren Energien vermindern.

Wenn Sie sich für die Einführung des Nobelpreises auf diesem Gebiet einsetzen wollen, können Sie einen Aufruf zur Schaffung eines Nobelpreises für nachhaltige Entwicklung unter <http://www.sustainable-prize.net> unterschreiben. Die Liste ist bis März 2003 geöffnet und wird dann verwendet werden um das Nobelpreis Komitee zu überzeugen.

### ***Broschüre zur „Ökosozialen Steuerreform“***

Das Ökosoziale Forum Österreich hat eine vierseitige Broschüre zur „Ökosozialen Steuerreform“ herausgegeben. Sie vertritt die Ziele dieser Reform, wie Arbeit schaffen, Klima schützen und Frieden stiften und behandelt detaillierter folgende Punkte:

- Warum eine ökosoziale Steuerreform?
- Eine Steuerreform im Dienste des Umweltschutzes
- Die Kernidee: Höhere Löhne, geringere Arbeitskosten, bessere Umwelt

Falls sie an einer kleinen Lektüre zu diesem Thema interessiert sind, schreiben Sie eine E-Mail an <mailto:foes@foes-ev.de> und lassen sich eine Ausgabe zu senden!

## **12. VERANSTALTUNGEN**

### ***13.03. – 14.03.2003, Leipzig: Workshop zu Emissionshandel und Joint Implementation***

Am 13. und 14. März 2003 veranstaltet das Bundesumweltministerium zusammen mit dem Wuppertal Institut einen Workshop zum Thema "Emissionshandel und Joint Implementation - Der Stand der Dinge" auf der TerraTec in Leipzig.

Das Programm sowie ein Online-Anmeldeformular zum Workshop finden Sie auf folgender Webseite:

[http://www.bmu.bund.de/sachthemen/termine/aktuell\\_termine\\_konferenzen.php](http://www.bmu.bund.de/sachthemen/termine/aktuell_termine_konferenzen.php)

Weitere Informationen zum Workshop:

<http://www.wupperinst.org/Projekte/Klima/k28.html>

Kontakt: Christiane Beuermann, Klimaabteilung, Tel.: 0202-2492-170,

<mailto:christiane.beuermann@wupperinst.org>

### ***22.03.2003, München: Mitgliederversammlung des FÖS***

Die Mitgliederversammlung 2003 des Fördervereins Ökologische Steuerreform findet am Samstag, 22.03.2003, 11:00 bis 16:00 Uhr in den Räumen der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung, Haager Str. 7, 81671 München statt und steht jedem offen.

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
  - Feststellung Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
  - Wahl des Protokollführers und des Versammlungsleiters
2. Bericht des Vorstands: Rückblick auf 2002, Ausblick auf 2003
3. Finanzen
  - Haushaltsabschluss 2002 und Bericht der Rechnungsprüfer
  - Entlastung des Vorstandes
  - Haushaltsplan 2003 mit Genehmigung
4. Wahlen (Vorstand, Rechnungsprüfer)
5. 12:30 - 13:00 Imbisspause
6. 13:00 - 13:30 Vortrag Prof. Norbert Walter "Ökosteuer - Zwischenbilanz und strategische Weiterentwicklung"
7. 13:30 - 13:45 Diskussion und Fragen zum Vortrag

8. 13:45 – 15:00 Strategiediskussion zum Thema „Koalitionsvereinbarungen und wie weiter?“ mit Impulsreferat von Kai Schlegelmilch
9. 15:00 - 16:00 Ausklingen bei Kaffee und Kuchen

### ***01.04. – 03.04.2003, Berlin: Air Pollution Abatement Planning in Europe***

Vom 1. bis 3. April 2003 veranstaltet das Bundesumweltministerium in Berlin einen internationalen Workshop zum Thema Luftreinhalteplanung im Rahmen der Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinien ("Air Pollution Abatement Planning in Europe"). Das Programm sowie ein Anmeldeformular zum Workshop finden Sie auf <http://www.ecologic.de/airpollution2003>

### ***08.04./09.04.2003, Hannover: 4. Internationaler Energiekongress***

Am 08. und 09. April 2003 findet in der Hannover Messe der 5. Internationale Energiekongress statt. Informationen zum Kongress erhalten Sie im Internet unter <http://www.energysummit.de>.

### ***05.06.-07.06.2003, Sydney/Australia: The Fourth Annual Global Conference On Environmental Taxation Issues, Experience And Potential***

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register. Information about the conference program, and registration details are available at:

<http://www.law.mq.edu.au/eti>

#### ***Deadlines:***

Abstracts:	29 November 2002
Final Papers:	14 March 2003
Conference Registration:	9 May 2003
Early Conference Registration Discount Rate:	28 March 2003
Hotel Reservation (special rates):	4 April 2003

For More Information ...please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA

Telephone: +(61)-2-9850 8457, Facsimile: +(61)-2-9850 9952, Email: <mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>.

## **13. FÖS: IN EIGENER SACHE**

### ***Wie können Sie den FÖS unterschützen? - Der FÖS auf schwäbisch***

Unter dem angegebenen Link können Sie das „Wir über uns – Ziele“ - Kapitel der FÖS-Homepage auf schwäbisch nachlesen

[http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/schwob?schwob\\_url=http%3A%2F%2Fwww.foes-ev.de%2F1ueberuns%2Fziele.html](http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/schwob?schwob_url=http%3A%2F%2Fwww.foes-ev.de%2F1ueberuns%2Fziele.html)

### ***Karikaturen und Zitate auf unserer Website***

Auf der Seite <http://www.foes-ev.de/4fakten/index.html> (→ Zitate bzw. → Karikaturen) präsentieren wir Ihnen Aussagen verschiedener Personen zur Ökosteuer. Interessant, was so mancher Politiker aus dem konservativen Lager in der Vergangenheit zur Ökosteuer gesagt hat. Mit den Karikaturen wollen wir auch bei diesem ernstesten Thema einmal zum Schmunzeln anregen.

***Haben Sie eine neue Adresse oder Email?***

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forschen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

***Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?***

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newsletters sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützen. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

***Wie kann der Newsletter noch besser werden?***

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).